



Warum wir nicht mit Revo zusammenarbeiten

Einleitung – Warum dieses lange Statement zur Organisation ‚Revolution‘?

Für die, die den Anlass dieses Statements nicht kennen: Seit ca. 2 Jahren sind verschiedene Gruppen und Strukturen in Dresden mit einer kleinen, trotzkistischen Jugendorganisation konfrontiert. Diese ist bundesweit in 8 Städten vertreten und auch international vernetzt. Sie forderte immer wieder, einen Platz in Bündnissen zu erhalten, obwohl sie von den meisten emanzipatorischen Akteur_innen in Dresden abgelehnt wurde. Mit diesem Statement hoffen wir, anhaltende und anstrengende Auseinandersetzungen um eine eventuelle Akzeptanz der Organisation inhaltlich begründet und dauerhaft zu beenden.

Die trotzkistische Jugendorganisation ‚Revolution‘ Dresden (nachfolgend Revo) ist seit ihrem Entstehen marginal. Es stellt sich also die Frage, warum Organisationen, die etwas Besseres zu tun haben (bspw. Erwerbslosenberatung, Arbeitskämpfe, antifaschistisches Community-Building in Nazi-käffern, Hausprojekte, Demos), sich damit befassen sollten, ein umfangreiches Statement zu schreiben oder dieses hier zu lesen. Auch wir haben es aus dieser Frage heraus lange vermieden und wollten dies in einer Theorie-AG zu Sozialismus-Konzeptionen mal allgemein klären. Uns diese Zeit zu nehmen, verpassten wir aber ebenfalls (wir sind eher Praktiker_innen) und standen schließlich vor der Situation, eine Teilnahme von Revo bei Bündnissen wie dem Kritischen Bildungsbündnis zwar vehement abzulehnen, diesen Standpunkt aber nicht inhaltlich sauber begründen zu können. Das stieß bei weiteren Bündnispartner_innen (zu Recht) auf großes Unverständnis.

Diesem Versäumnis war es schließlich auch geschuldet, dass wir am 22. Juni auf einer Bildungstreikdemonstration deutlich wahrnehmbar zusammen mit Revo auftauchten, was sicher viele Außenstehende befremdet hat. Für einige Mitglieder unserer Gewerkschaft war es der Grund, nicht an der Demonstration teilzunehmen, und es sorgte auch für Scham bei vielen Branchenmitgliedern, die da waren.

Mit unseren halbgenauen Aussagen und unserem schlingernden Verhalten gegenüber Revo haben wir für Unverständnis bei Schüler_innen und Studierenden gesorgt, auch bei jenen, die uns prinzipiell gut finden oder sich gegebenenfalls gar bei uns organisieren wollten. Darüber hinaus sorgten wir auch für Irritation bei Gruppen und Partner_innen, mit denen uns eine langjährige gemeinsame Praxis und eine gemeinsame Haltung gegenüber nicht libertär-sozialistischen Strukturen verbindet. Dafür möchten wir uns entschuldigen.

Im Folgenden möchten wir unsere Ablehnung der Zusammenarbeit mit Revo und ähnlichen Gruppen inhaltlich ordnen, für Außenstehende nachlesbar und plausibel machen und gleichzeitig der Bitte von Revo-Mitgliedern nachkommen, diese Diskussion inhaltlich zu führen.

Wir haben in Zukunft nicht vor, uns Pamphlete hin und her zu senden, und werden auf eine Antwort Revos, so sie nicht umfassend alle hier genannten Kritikpunkte ausräumt und praktische Veränderungen (siehe Ende) anstößt, nicht reagieren. Insbesondere würden wir den Versuch, auf zwei oder drei Details Gegendarstellungen zu liefern, um den Rest der Argumentation außen vor zu lassen, als ein ärmliches, taktisches Manöver empfinden. Wir wollen uns wieder unserer eigentlichen Arbeit widmen und aus der Marginalität mit konkreten, alltäglichen Projekten herauswachsen, anstatt uns mit noch marginaleren Freunden des kommunistischen Kasernenhofs rumzuärgern.



Warum wir nicht mit Revo zusammenarbeiten

Wir hoffen gleichzeitig, dass der vorliegende Text anderen Gruppen in ähnlichen Situationen helfen kann, die eigene Argumentation zu ordnen und zu schärfen und dass so die hier investierte Arbeitszeit vielleicht nicht ganz umsonst war.

Nach Abschluss der Arbeiten zu diesem Text wurde uns noch eine Kritik der Gruppe "Konverjugend" an der Organisation Revo mitgeteilt. Auch wenn die Argumentation und die Art und Weise dieser Kritik von uns z.T. so nicht getragen wird, macht der Text teils auf schamlos offenen Antisemitismus der Dachorganisation „ArbeiterInnenmacht“ aufmerksam der uns bei der Recherche entgangen war.¹

Kurzfassung

Unsere Ablehnung von Revo bezieht sich auf eine ganze Reihe inhaltlicher Gründe, aber auch das praktische Verhalten der Ortsgruppe Dresden. Unsere Kritik an der Organisation und ihrem Verhalten ist so umfassend und fundamental, dass sie uns als emanzipatorische Partnerin unmöglich erscheint und wir auch anderen emanzipatorischen Gruppen und Projekten von jeder Kooperation abraten. Einige Bedingungen, um unsererseits diese Position zu überdenken, finden sich am Ende dieses Textes.

Revos Programm ist in sich stark widersprüchlich, oft schwammig und (wenn mensch halbwegs rekonstruiert hat, was gemeint ist) für uns in großen Teilen nicht anschlussfähig. Wir halten es für nicht emanzipatorisch, die angestrebte Revolution für fahrlässig und nicht wünschenswert.

Wir lehnen den demokratischen Zentralismus ab, wir brauchen keine Parteien – auch keine revolutionäre. Revo hat keine guten Argumente für die scheinbar unbedingte Notwendigkeit solcher Institutionen. Sie hat auch keinen plausiblen Ansatz, wie sie dafür garantieren will, dass sich Geschichte nicht wiederholt.

Revo hat keinen Begriff vom Anarchismus (oder gar Anarchosyndikalismus), gegen den sich die Gruppe aber sehr vehement abgrenzt – mit lächerlichen, aber leider auch diffamierenden Argumenten. Wir erklären hier im Vergleich zu Revos Konzepten kurz unsere Idee und Praxis. Wir haben dabei die Befürchtung und den begründeten Eindruck, dass sich Revo nicht annähernd in derselben Weise mit unseren Ideen befasst wie die Organisation uns und andere zwingt, sich mit ihnen zu befassen.

Revo hat daneben anscheinend auch keinen Begriff vom Terror, dem Elend, dem Leid, das die Menschen in den „sozialistischen“ Diktaturen z. T. durchleben mussten. Anders ist weder zu erklären, dass so wenig an historisch verbrannten Politikkonzepten gerüttelt wird, noch mit welcher Leichtigkeit Flaggen verwendet werden, unter denen Millionen starben und heute noch, u. a. in China, jedes Jahr Tausende hingerichtet werden.

Die von Revo beschworene Einheitsfront, wir wollen sie nicht. Sie schadet mehr, als dass sie nützt und es gibt in Dresden einen ziemlich breiten libertären Konsens darüber, wo politische Ansätze den (sicherlich alles andere als eindeutigen) Weg zur Emanzipation spätestens verlassen. Einige der Positionen von Revo sind nicht akzeptabel. Schädlich für eine breite linke Bewegung ist nicht der Ausschluss von Revo aus Bündnissen, sondern die Vehemenz, mit der Revo sich in solche Bündnisse hineinerpresst und damit viel Zeit und Energien bindet.

¹ Text erschienen auf: <http://kovnerjugend.blogspot.de/>



Warum wir nicht mit Revo zusammenarbeiten

Ein Grund für uns, keine Bündnisse mit Revo einzugehen, ist Revos Bündnispolitik: Das wahllose Zusammengehen mit allem, was sich selbst als links bezeichnet (und darunter kann sich viel antie-
manzipatorischer Mist verbergen) kann Revo gerne machen, aber ohne uns. Denn wir wollen z. B. nicht heute die Entstehung von Bewegungen begünstigen, die uns morgen ohne Rücksicht bekämpfen würden.

Daneben sitzt Revo einer romantisierenden Vorstellung von Unabhängigkeitsbewegungen auf, was bis zur Unterstützung des BDS-Bündnisses geht, welches sich gegen den Staat Israel, aber auch seine gesamte Bevölkerung richtet und welches wir von einem klaren Klassenstandpunkt aus ablehnen. Da Revo bekennt, die antisemitische, ultra-sexistische und islamfaschistische Hamas dabei als Bündnispartner zu tolerieren, muss sie sich gefallen lassen, dass wir der Organisation selbst einen latenten Antisemitismus unterstellen.

Seit dem Entstehen der Dresdner Ortsgruppe kam es immer wieder zu Streit zwischen libertären bzw. emanzipatorischen Gruppen und Revo. Möglichkeiten zum argumentativen Austausch wurden von Revo nicht aufgegriffen, stattdessen wurden Gruppen öffentlich (und auf abstruse Weise) diffamiert.

Revos Strategie ist, Bündnisse und Aktionen zu kapern, indem die Gruppe zu diesen mobilisiert und das Ganze dabei so aussehen lässt, als spielte sie eine tragende Rolle. Zusammen mit der anschließenden Diffamierung der Bündnisse, wenn diese mit der Strategie (und der damit einhergehenden Intransparenz) nicht einverstanden sind, ist das nicht hinnehmbar und schädlich für die jeweiligen Bündnisse.

Wir möchten abschließend betonen, dass – mag unsere Kritik auch harsch und unser Widerspruch fundamental sein – wir durchaus zwischen einer Organisation und den dahinter stehenden Menschen unterscheiden können. Es geht uns nicht darum, die einzelnen Mitglieder von Revo in der Bewegung unmöglich zu machen. Wir hoffen im Gegenteil, dass unsere Betrachtungen und Argumente nicht auf taube Ohren stoßen, sondern das sie politische Entwicklungen anregen und wir die Betroffenen vielleicht in ein paar Jahren in anderen Bewegungen antreffen als heute.

Revos Revolutionsprogramm

Revo fordert ein klares revolutionäres Programm, das die Massen begeistert und mitzieht. Sie legen mit einem 36-seitigen Papier (von 2013) auch gleich eins vor – zumindest ihrer Meinung nach. Also analysieren wir es und schauen wir, ob wir das unterstützen können. Revos genaue Revolutionsstrategie lässt sich dabei ebenso wie ihre Utopie nur schwer aus den verschiedenen Fragmenten ihres Programms zusammenstückeln und bleibt vielfach widersprüchlich.

Erstmal zur Selbstverortung: Revo plädiert für den Aufbau von Arbeiter_innenparteien und Schüler_innengewerkschaften – ist aber selbst nichts von beidem. Andernorts wird der Aufbau einer Jugendinternationale gefordert, wo sich Revo wohl am ehesten selbst verortet.



Warum wir nicht mit Revo zusammenarbeiten

Die Arbeiter_innenparteien

Revo plädiert für kommunistische Arbeiter_innenparteien bzw. eine kommunistische Weltpartei. Da sie im Kapitel „Revolution gegen Reformismus“² ihres Programms eine Mitverwaltung des kapitalistischen Elends im Hier und Jetzt ablehnen und auch an anderer Stelle die Erkenntnis zum Ausdruck bringen, dass die Gestaltungsmacht von Parteien im kapitalistischen System begrenzt ist, darf angenommen werden, dass diese Partei(en) nicht beim ordinären Wahlzirkus mitmachen soll(en). Warum dann eine Partei?

Eine naheliegende Idee wäre, dass es sich um das Konzept einer revolutionären Partei im Sinne der Bolschewiki handeln soll, also letztlich eine Kader-Organisation von Berufsrevolutionären, die weder der demokratischen Kontrolle der Massen unterliegen noch den Arbeitsalltag der meisten Lohnabhängigen teilen. Letztlich also die viel beschworene Polit-Szenen-Blase in Extremform. Sie stellt laut Revo die „Führung der Arbeiterklasse“ dar.³

Nun könnte mensch sich fragen, wofür wir diese ungebetene Führung denn brauchen (oder womit wir sie verdient haben). Aus dem Programm heißt es dazu: *„Diese Partei hat die Aufgabe, alle Teile der Arbeiterklasse zusammen zu bringen, die die revolutionären Ideen unterstützen. Sie muss agitieren, um eine Mehrheit in der Arbeiterklasse für die Revolution zu gewinnen und vor allem soll sie den Kampf für den Sozialismus organisieren.“*⁴ Nicht überzeugt? Na, das Hauptargument kommt noch: *„Ohne diese Partei werden wir nicht im Stande sein, den Einfluss des Reformismus’ weltweit zu bezwingen.“*⁵ Begründung? Fehlanzeige!

Es wird also eine revolutionäre Partei gefordert. Ihre Struktur scheint, ebenso wie die Frage, wer Mitglied in dieser Partei werden kann (Fabrikbesitzer_innen? Bullen? Funktionär_innen reformistischer Gewerkschaften?), nicht weiter von Belang. Immerhin spricht Revo hier von vollen demokratischen Freiheiten, vom Recht auf Fraktions- und Oppositionsbildung. Gleichzeitig muss erwähnt werden, dass auch die Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Russlands (SDAPR), die Partei aus der heraus sich die Bolschewiki abspalteten, diese Freiheiten größtenteils kannte. Aus der historischen Erfahrung heraus dürfte mensch von Revo also konkrete Strukturkonzepte erwarten, wie eine radikale Entdemokratisierung, wie sie die Bolschewiki unter Lenin und Trotzki durchmachten, in Zukunft zu verhindern wäre. Diese Konzepte bleibt die Organisation schuldig.

Diese revolutionäre Partei beteiligt sich, wie erwähnt vermutlich nicht am parlamentarischen Alltag. Das wirft die Frage nach ihrer Handlungsmacht auf. Sie kann also erstmal nichts außer agitieren. Die Partei ist also einfach eine größere Polit-Organisation, was den Parteibegriff weitgehend sinnentleert.

Mensch könnte nun nach einer Strategie fragen, wie diese geforderte Partei aus dem Sumpf der kommunistischen Kleinstparteien heraus wachsen und an Relevanz gewinnen soll. Mensch könnte des Weiteren fragen, wie diese Partei Anziehungskraft gewinnen soll, wo sie den Lohnabhängigen nichts zu versprechen hat als eine ach so ferne kommunistische Zukunft. Mensch kann sich fragen, wie sie sich gegen stalinistische und maoistische Parteien durchsetzen will, die ihr sicherlich nicht in aller Seelenruhe beim Wachsen zuschauen werden.

2 Programm Revolution 2012/13, Seite 26, siehe hier: http://onesolutionrevolution.de/wp-content/uploads/2013/05/REVO-Manifest_2012-2013.pdf

3 Programm Revolution 2012/13, Seite 27.

4 ebd.

5 ebd.



Warum wir nicht mit Revo zusammenarbeiten

All das bleibt unbeantwortet. Ebenso, wie verhindert werden soll, dass dieses Heer aus „Berufsrevolutionär_innen“ (ein Begriff, der hier ja zutrifft, der nach unserem Gesellschaftsverständnis aber an sich schon eine Beleidigung darstellt) wie bereits in der russischen Revolution die Initiative basisdemokratischer Strukturen hemmt und schließlich entmachtet. Schließlich wird mit einer solchen Organisation eine Armee von selbsternannten Fachidiot_innen in Fragen der Revolution heran gezogen, die schlimmstenfalls keinerlei Anbindung mehr zum restlichen gesellschaftlichen Leben hat, sich aber in jedem Fall für politisch kompetenter als die breite Masse hält. Das schafft eine Dynamik, in der Basisinitiative für diese Berufsrevolutionär_innen kein Grund zur Freude, sondern ein Grund zum Misstrauen in den Reihen der selbsternannten Führung der Arbeiter_innenklasse sein wird.

Ebenso bleibt die Frage offen, warum dieser revolutionäre Sammlungs- und Klärungsprozess nicht gleich ganz anders angegangen wird. Es könnte auf Organisationsformen zurückgegriffen werden, die sowohl vor als auch nach der Revolution nützlich sein könnten, den Lohnabhängigen sofort einen materialistischen Grund zum Beitritt liefern, basisdemokratische Entscheidungsstrukturen in Fläche ermöglichen und mittels Streik, Besetzung und Sabotage sofort Handlungsmacht entwickeln können.

Die Räte und der demokratische Zentralismus

Die Räte sollen es machen! Die Revolutionsidee von Revo fußt neben der kommunistischen Partei auf Räten. Okay, aber was für Räte? Je nach Kapitel des Revo-Manifests Räte von Stadtteilen, Dörfern, Arbeiter_innen, Fabriken, Erwerbslosen, Armen, Bäuer_innen, Frauen, Jugendlichen. Hier sollen die Delegierten direkt wähl- und jederzeit wieder abwählbar sein. Soweit ein wenig konfus, aber ganz gut! Nur lesen wir an ein paar Ecken, dass sich Arbeiter_innenregierungen auf die Räte stützen sollen. Na wie denn nun? Räte oder Regierung?

Das Programm beantwortet diese Frage nicht, was eine_n schon nichts Gutes ahnen lässt. Wie so oft nur auf mündliche Nachfrage zu haben, ist die Information, dass Revo das Konzept des demokratischen Zentralismus verfolgt. Demokratischer Zentralismus heißt, du wählst an deinem Arbeitsplatz/Stadtteil etc. zwar deine Delegierten, diese wiederum wählen dann aber ein Zentralkomitee, eine Arbeiter_innenregierung oder wie die Nummer dann auch immer heißt und diese Regierung nun wieder ist, ihr ahnt es schon, den von dir gewählten Delegierten weisungsbefugt. Na, wenn das nicht Basisdemokratie und das schöne Leben ist!

Selbst wenn es anders aussieht – das komplette Konzept hat weder System noch Praxis, ist an sich nicht mal ein Konzept, sondern eher eine Aneinanderreihung revolutionär-kommunistischer Wort-hülsen. Das wäre okay, wären darin wenigstens Konzepte enthalten, wie mensch mit Anwachsen der Bewegung als Gesellschaft die nötigen Lernprozesse macht, um einen erneuten Rückfall in eine stalinistische oder maoistische Diktatur sicher zu verhindern. Davon lesen wir hier aber leider nichts. Stattdessen wird mit der Parallelität von Räten, Partei und Regierung die Wiederholung fataler, revolutionärer und konterrevolutionärer Machtkämpfe vorskizziert. Und auch der eigentlichen Schwäche des historischen Rätevorbildes, nämlich ihrer mangelnden Vorbereitung in den Betrieben und entlang der Produktionsketten, hat Revos Programm nichts entgegenzusetzen. Mit diesem Programm eine neue Ära kommunistischer Jugendbewegung einleiten zu wollen, ist grob fahrlässig und so nicht unterstützenswert.



Warum wir nicht mit Revo zusammenarbeiten

Der demokratische Zentralismus bleibt immer Zentralismus. Und gerade für die deutsche Arbeiter_innenbewegung war der Zentralismus, die Gläubigkeit an die Zentralen, immer wieder der größte Fallstrick: 1918 beendeten die deutschen Arbeiter_innen größtenteils freiwillig ihre Räterevolution und legten ihr Schicksal zurück in die Hände von Partei und Staat. Der Generalstreik 1920 gegen die Kapp-Putschisten musste erst von der Regierung beschlossen werden und im Anschluss gingen alle, bis auf die mutigen Arbeiter_innen im Ruhrgebiet, brav wieder nach Hause, obwohl die Macht auf der Straße lag. 1933 warteten zigtausende Arbeiter_innen darauf, dass „ihre“ Parteien die Anweisung zum Losschlagen gegen den Hitlerfaschismus ausgeben und ließen sich, als dies ausblieb, teilweise noch in der Wahnacht vom 5. März 1933 verhaften und entwapfen. Gerade die deutsche Arbeiter_innenbewegung hat seit ihren Wurzeln den Kadavergehorsam so tief eingeatmet, dass sie ohne ihre Führungen zu kaum einer nennenswerten Aktion fähig war. Dem nicht genug, hat sie ihren Zentralismus auch noch immer als Sieg verkauft und versucht, ihn der Arbeiter_innenbewegung in anderen Ländern aufzunötigen. Wie soll eine Arbeiter_innenklasse, die sich keinen Handschlag ohne Anweisung von oben traut, denn bereit werden für eine selbstverwaltete Zukunft? Gerade deshalb brauchen wir den Föderalismus und die Basisdemokratie schon heute in unseren Organisationen und müssen sie als zentrale, menschliche Grundwerte für das Gelingen einer emanzipatorischen Revolution bestimmen. Wir empfehlen hier sehr die weiterführenden Gedanken von Rudolf Rocker in „Absolutistische Gedankengänge im Sozialismus“.⁶

Keine Revolution mit Revolution

Wie wir es auch drehen und wenden, Revos bisheriges Programm verspricht uns nicht die Basisdemokratie, die wir uns wünschen. Wir wollen keine Delegierten entsenden, die unsere Führer_innen wählen und wir wollen auch keine Führer_innen auf dem Weg zu einer Revolution. Der Fakt, dass von der Abschaffung von Geld und Warenwert nicht mal am fernen Horizont die Rede ist, macht es für uns als Lohnabhängige nicht eben attraktiver.

Wir wollen mit so vielen Unterprivilegierten wie möglich bestimmen, wie eine basisdemokratische, vom Warenwert und Lohnarbeit befreite Welt aussehen kann. Wir wollen so viele Menschen wie möglich schon heute einladen, die entsprechenden Erkenntnisprozesse gemeinsam in radikaldemokratischen Alltagsstrukturen zu machen und wir wollen für eine Revolution kämpfen, nach der wir unsere gesellschaftlichen Belange in den entsprechenden, betreffenden Kollektiven diskutieren und dann unsere Delegierten losschicken, nicht um die Staatsführung zu wählen, sondern unsere Entscheidungen mit anderen Kollektiven und Föderationen in einer staatenlosen Gesellschaft frei zu verhandeln.

Aus diesem Grunde haben wir mit dieser Organisation nicht mal mittelfristig dieselbe Wegstrecke und können es auch nicht gut finden, wenn ihr schmaler Abklatsch vom guten Leben schon als die Utopie verkauft wird.

⁶ hier zu finden: <https://www.anarchismus.at/anarchistische-klassiker/rudolf-rocker/200-rudolf-rocker-absolutistische-gedankengaenge-im-sozialismus>; Kritisch anzumerken ist, dass Rocker sich hier u. a. immer wieder positiv auf Theorien Proudhons bezieht, ohne dessen tiefliegenden Antisemitismus und seine Frauenfeindlichkeit zu thematisieren



Warum wir nicht mit Revo zusammenarbeiten

Revos Kritik am Anarchismus

Revo wendet sich schon in ihrer Organisationskurzvorstellung gegen das anarchistische „Dogma der Herrschaftsfreiheit“.⁷ In ihrem Programm⁸ widmen sie der Kritik des Anarchismus dann auch ein eigenes Kapitel, auf dessen Argumente wir im Folgenden reagieren wollen.

Wieviel „Führung“ braucht die Gesellschaft, um schon für die Revolution bereit zu sein?

Zunächst wird kritisiert, dass die Anarchist_innen zu blöd wären, den Unterschied zwischen einer „revolutionären Republik“ und einem bürgerlichen Staat zu begreifen. Diese von Revo angestrebte „Diktatur des Proletariats“ sei dabei auf die lokalen Räte gestützt. An anderer Stelle wird dazu erwähnt, dass dieser Arbeiter_innenstaat nicht etwa durch ein zentralisiertes Heer (wie es Leo Trotzki in der russischen Revolution wieder einführte) geschützt werde, sondern durch ein basisdemokratisches Milizensystem.

Wie oben schon erwähnt, wird die Notwendigkeit des Staates, sein Verhältnis zu den Räten, der Schutz einer Gesellschaft/Revolution vor einer Verselbstständigung des Staates usw. nicht argumentiert. Mensch könnte also von einem „Dogma des Arbeiter_innenstaates“ sprechen. Die Notwendigkeit einer Staatsmacht bleibt unhinterfragte Grundannahme. Dabei gibt es in Revos Programm allen Grund, sich vor diesem Staate zu fürchten: Revo plädiert nämlich für eine komplette Verstaatlichung der Wirtschaft. Diese soll zwar auf undefinierten Wegen weiterhin durch die Räte bestimmt werden, es besteht aber historischer Grund zur Annahme, dass sich der Staat dieser Kontrolle über Kurz oder Lang entledigen und sich Geschichte wiederholen wird.

Das Problem, das hier und an anderen Stellen durchscheint, ist Revos idealistische Argumentationsweise. Es wird angenommen, dass die Macht eines Staates nicht ausgeweitet und missbraucht wird, weil sie als revolutionäre Bewegung das von Anfang an so postuliert hätten. Diese Sichtweise ist kurzsichtig. Sie übersieht, dass Revos Konzept mit anderen Strömungen wie dem Stalinismus und Maoismus konkurriert, die sie zwar kritisieren, aber denen sie durch gemeinsame Aktion doch zu Wachstum verhelfen (siehe Einheitsfront). Die Argumentation übersieht auch, dass Strukturen eine gesellschaftliche Revolution stärker formen als die programmatischen Willensbekundungen der revolutionären Organisationen. Die spanische Revolution ist dafür ein gutes und tragisches Beispiel. So schützte der anarchistische Anspruch der anarchosyndikalistischen Gewerkschaft CNT nicht vor der Herausbildung einer Führungsebene und deren Verselbstständigung, eben weil bei der Struktur unsauber gearbeitet wurde.

Revo übersieht schließlich, dass der Mensch sich durch seine Privilegien verändert und i. d. R. eben nicht dauerhaft moralisch, sondern egoistisch bzw. materialistisch handelt. Das bezieht sich nicht nur auf den Reichtum (dem Revo immerhin durch die Begrenzung von Funktionär_innengehältern etwas entgegen setzen will), sondern auch auf den Gestaltungsspielraum. Wir prophezeien, dass Funktionär_innen einer revolutionären Partei oder einer revolutionären Republik bestrebt sein werden, ihren politischen Einfluss angesichts heterogener, politisch vielleicht auch weniger gefestigter Räte und Basisinitiativen sukzessive auszuweiten. Das hat mit verschiedenen, menschlichen Eigenschaften zu tun, die im Staatswesen nicht sinnvoll begrenzt werden: Geltungsbedürfnis, Machtberau-

7 Revolution: Über uns, siehe: <http://onesolutionrevolution.de/uber-revolution/>

8 Programm Revolution 2012/13, Seite 27.



Warum wir nicht mit Revo zusammenarbeiten

schung, gegenseitigem Misstrauen. Revo wirft den Anarchist_innen vor, dass sie den Unterschied zwischen bürgerlichem und sozialistischen Staat nicht verstünden. Wir würden zurückgeben: Doch, das tun wir. Revo versteht aber nicht, dass sich mit einer Funktionär_innen-Stellung im Staat Eigeninteressen der Betroffenen ergeben, die nicht identisch sind mit den Interessen der lohnabhängigen Klasse.

Das Spiel wiederholt sich, wenn es um eine revolutionäre Partei geht. Auch für deren Notwendigkeit gibt es keine zufriedenstellende Begründung. Die revolutionäre Partei sei laut Revo keine „Elite“, sondern stattdessen „nur“ die „Führung der Arbeiterklasse“. Dass sie der Gesellschaft nicht ihren Willen aufzwingen werde, wird damit begründet, dass sie ohne die „Masse hinter sich“ gar nicht gewinnen könne. Einerseits ist historisch recht klar geworden, dass eine Partei durchaus einen Staatsstreich gewinnen kann, wenn sie einige Prozente der Bevölkerung auf sich vereinigt und in der Folge machtpolitisch gut taktiert. Die Bolschewiki in der russischen Revolution sind dafür ein durchaus gutes Beispiel. Andererseits kann eine politische Partei nach Ergreifung der Macht nicht von oben verordnet die gesellschaftliche Bewusstseinsbildung nachholen, die vor der Revolution verpasst wurde. Wenn die Massen wirklich hinter einer Revolution stehen, dann braucht es keine Partei, die diese Revolution gegen Konterrevolutionäre verteidigt, weil die Verteidigung der Revolution dann ein Akt und die Aufgabe ALLER gesellschaftlichen Institutionen sein wird, die danach trachten, die für sich erkämpften Verbesserungen zu schützen. Ist andererseits ein großer Teil der Gesellschaft noch nicht vom gesellschaftlichen Wandel, von einer postkapitalistischen Wirtschaftsweise und radikaler Basisdemokratie in allen Bereichen überzeugt, so verkommt die „Arbeiter_innenregierung“ oder „revolutionäre Partei“ unweigerlich zur unterdrückenden Gewalt im Namen der Freiheit. Sie kann damit genau das nicht vorleben, wofür sie zu kämpfen vorgibt. Sie wird zur Vorarbeiterin, zur Antreiberin, zum politischen Spitzel.

Die Konsequenz kann für uns als Anarchosyndikalist_innen nur die Abkehr von der voreiligen Umstürzerei sein. Revolution wird für uns im Wesentlichen in den 20, 30 Jahren vor und nach einem eigentlichen Umsturz gemacht. Eben weil die Menschen nicht über Nacht zu Revolutionär_innen, geschulten Mitgliedern einer basisdemokratischen, selbstverantwortlichen Gesellschaft werden (und zwar uns inklusive), ist es so wichtig, dass wir erst in alltäglichen Strukturen die Selbstverwaltung erlernen – in unseren Stadtteilräten, Gewerkschaften, Sozialorganisationen. Diese haben sich im Hier und Heute schon gemäß unserer zukünftigen Demokratievorstellungen zu organisieren, damit wir selbst lernen können, auf diese Weise in Interaktion zu treten und damit wir die Funktionalität unserer Konzepte überprüfen können. Diese Organisationsweise ermöglicht es uns auch, die Umstellung der reproduktiven (Soziales, Pflege, Erziehung, Bildung etc.) und produktiven Tätigkeiten sowie der kommunalen Verwaltung von einer Gegenstruktur innerhalb der kapitalistischen Ordnung auf eine von Warenwert und Leistungszwang befreite Selbstverwaltung zu planen und zu diskutieren.

Auf diese Art und Weise erhalten wir ein klares Bild davon, ob unsere Revolution a) realistisch ist oder nur ein verantwortungsloses Abenteuer, ob sie b) wirklich dem Willen und Erfahrungsstand breiter Teile der Gesellschaft entspringt und ob diese Gesellschaft c) in Masse mit genug Hintergrundwissen und Selbstbewusstsein ausgestattet ist, eine konterrevolutionäre Entwicklung, ob sie nun von staatssozialistischer oder kapitalistischer Seite kommt, zu sabotieren, zu boykottieren, zu stürzen.



Warum wir nicht mit Revo zusammenarbeiten

Die verschiedenen Freund_innen der „Diktatur des Proletariats“ entgegen hier oft, dass dieser Anspruch auf revolutionäre Vorbereitung so umfassend ist, dass wir auf diese Weise nie zu einer Revolution gelangen, bzw. dass mensch sich den Zeitpunkt für Revolutionen oft nicht aussuchen kann. Aber nicht aus jeder Revolte muss gleich eine halbgare Revolution gemacht werden. Wenn die Gesellschaft noch nicht bereit ist, um aus einer Revolte eine gesamtgesellschaftliche Umwälzung zu formen, muss mensch sich fragen, bis zu welchem Grad der bürgerliche Staat gerade zurück gekämpft werden kann oder auf welche Zwischenziele mensch sich fokussiert, welche besseren Bedingungen für den weiteren Weg in so einer Situation abtrotzbar sind: bspw. die Abschaffung von Geheimdiensten, die Legalisierung von Kollektiv- und Umsonstwirtschaft, die verbriefte Freiheit zur anarchistischen Agitation, Ausbau des Selbstverwaltungsrechts auf kommunaler Ebene o. ä. Natürlich ist dabei darauf zu achten, dass die erkämpften Zwischenschritte nicht dazu geneigt sind, die Gesellschaft zu befrieden, sondern im Gegenteil dazu dienen, praktisch noch mehr Lust auf und Kompetenz zu Selbstverwaltung, Bedarfswirtschaft, Umsonstökonomie zu verbreiten.

Des Weiteren hinkt die Argumentation von der verschleppten Revolution, hat doch der Weg über die „Diktatur des Proletariats“ in 200 Jahren auch keine Revolution hervor gebracht, die die Mühe wert gewesen wäre, dafür aber eine Menge scheußliche Fehlversuche, die die privilegierten Befürworter_innen von Patriarchat und Klassensystem gegen unsere Utopien ins Feld führen.

Die Trägheit anarchistischer Entscheidungsfindung

Revo besteht auf revolutionärer Führung mit der Begründung, in revolutionären Zeiten hätten Entscheidungen getroffen zu werden. Massenabstimmungen zu allen einzelnen Punkten seien hier zu träge. Würde mensch diese Führung nicht formalisieren, hieße dies nur, sich für informelle Hierarchien und intransparente Zirkel und Eliten zu entscheiden. An dieser Kritik ist erst mal viel Wahres dran, trotzdem kommt hier die Unkenntnis zumindest anarchosyndikalistischer Entscheidungskonzepte zum Ausdruck.

Anarchosyndikalistische Bewegungen versuchen den beschriebenen Problemen auf verschiedene Weise zu begegnen:

1. Entscheidungen lokal halten

Ein Konzept ist die Entlastung überregionaler Entscheidungsgremien durch lokalistische Entscheidungsfindung, d. h. bspw. über konkrete Produktionsabläufe entscheiden die involvierten Produktionskollektive autonom, da sie von diesen Entscheidungen betroffen sind. Über die Gestaltung eines Stadtteils entscheidet der Stadtteilrat usw. Das heißt nicht, dass es nicht zu Abstimmungen und Standardisierung kommen kann, doch auch diese handeln die jeweils betroffenen Ebenen horizontal miteinander aus. Wird dieses Prinzip in der Praxis konsequent verfolgt, ist mensch schnell überrascht, wie wenig eigentlich noch auf den regionalen, bundesweiten und internationalen Ebenen zu klären ist.



Warum wir nicht mit Revo zusammenarbeiten

2. Imperative Mandate

Werden Menschen in anarchosyndikalistischen Organisationen delegiert, also bspw. in die Regional-koordination, eine Verhandlungskommission oder auf einen bundesweiten Kongress entsandt, dann werden vorher klar die Kompetenzen von den Basisgruppen geklärt. Für jede ausgesprochene Mandatierung gibt es einen klaren Entscheidungsrahmen, in dem die Mandatierten nach bestem Wissen und Gewissen zu handeln haben. Ebenso wie es Revo fordert, sind diese Mandatierten der Transparenz verpflichtet, rotieren und sind jederzeit abwählbar. Der Unterschied ist, dass die Basisgruppen im Vorfeld klare Arbeitsaufträge und rote Linien mit auf den Weg geben.

Sicherlich ist damit nicht gesichert, dass eine solche Mandatierung mal eine Eventualität nicht berücksichtigt und eine Entscheidung entweder vertagt wird oder eine Mandatsüberschreitung unter Vorbehalt stattfinden muss. Der Vorteil ist hier, dass die Basis jede nicht im Mandat enthaltene, getroffene Entscheidung automatisch annullieren kann und jedes unzureichende Mandat einen Lernprozess für alle beteiligten Basisgruppen anstößt. Die Basis lernt, sich über die entsprechenden Eventualitäten komplexer Situationen auszutauschen und diese vorzusehen. Ein wichtiger Kompetenzerwerb, um in schwierigen Zeiten mit gesellschaftlichen Krisen oder Revolutionen basisdemokratisch umzugehen.

3. Anarchistischer Förderalismus

Den Förderalismus, d. h. die basisdemokratische Organisation von den Einzelkollektiven (bspw. Betriebsgruppe, Hausversammlung, Frauengruppe) hin zur nächsten überregionalen Ebene per Entsendung von Delegierten mit imperativen Mandat lehnt Revos Programm mit ein paar lapidaren Sätzen ab:

„Im Gegensatz zu einem Arbeiterstaat, verteidigen manche Anarchisten die Idee des Förderalismus. Aber Förderalismus ist eine schwache und problembehaftete Idee. Ohne Zustimmung von separaten Kollektiven bei Entscheidungen, können Minderheiten die Mehrheit vollkommen handlungsunfähig machen. Das wäre desaströs, nicht nur in einer revolutionären Situation, sondern auch ineffektiv in der Organisation der Produktion. Förderalismus ist eine utopische Lösung zu realen Problemen. Die Frage, wie man vom kleinsten Aktionskomitee aus die gesamte Gesellschaft organisiert, kann vom Förderalismus nicht beantwortet werden.“⁹

Revo macht hier zunächst einmal deutlich, was wir schon vermutet haben, dass die Unabhängigkeit der Kollektive (also bspw. der Häuser oder Betriebe) für die Organisation ein Graus und nicht etwa ein Ideal ist. Wie anders sollte der Hinweis auf die „separaten“ Kollektive sonst zu verstehen sein, denn als Synonym für „nicht unter staatlicher Kontrolle“ stehend, also zentraler Kontrolle von oben.

Revo macht darüber hinaus deutlich, dass ihr „Arbeiterstaat“ eben keinesfalls nur ein anderes Wort für die Föderation der revolutionären Räte ist, die immer wieder ins Feld geführt werden um auszuschnüffeln, wie demokratisch die eigene Utopie ist. Es wird deutlich, dass die Räte eben weder das Gremium sind, um das Verhalten in der Revolution zu bestimmen, noch das Gremium, welches die Produktion koordiniert (die Reproduktion, also der im patriarchalen Kapitalismus zumeist unbezahlte und von Frauen geleistete Anteil der gesellschaftlich notwendigen Arbeit, ist Revo meist eh keine Silbe wert). Die demokratische Verheißung durch die Räte erscheint uns daher hohl und sinnentleert. Es steht zu befürchten, dass eine Revolution, wie von Revo gefordert, uns als Lohnabhängigen eher noch Freiheiten nehmen als geben würde (zumindest bezogen auf die Situation in Deutschland).



Warum wir nicht mit Revo zusammenarbeiten

Spannend ist auch, dass Revo hier vor den desaströsen Folgen einer föderativen Produktionskoordination warnt und somit einen Zentralismusfetisch bis aufs Mark verteidigt, der selbst innerhalb der kapitalistischen Ideologie mehr und mehr an Bedeutung verliert, da sie sich als ineffektiv, unflexibel und für die Arbeiter_innen als zu frustrierend und demotivierend herausgestellt hat. Dies ignoriert freilich auch die gemachten Erfahrungen autonomer Arbeitskollektive und Kooperativen bspw. in Mexiko, Venezuela und Spanien, wo teils tausende Menschen miteinander in radikaldemokratischen und föderalistischen Strukturen arbeiten.¹⁰ Noch mehr ignoriert es die gemachten, tatsächlich desaströsen Erfahrungen aus der zentralen Planwirtschaft innerhalb der staatskapitalistischen Ökonomien.

Schließlich wird die Funktionsweise von Föderalismus hier anscheinend grundlegend missinterpretiert. So gibt es zum Beispiel bei der FAU grade auf überregionaler Ebene sehr wohl Abstimmungen, verbunden mit thematischen Diskussionen, um sich gerade bei strittigen Themen einem Konsens soweit wie möglich anzunähern. Die von Revo so gefürchteten kleinen Minderheiten können also nicht einfach alles blockieren, aber Minderheiten werden trotzdem geschützt und gehört (und können eigene Sozialorganisationen bilden, wenn es um besondere Bedürfnisse, Betroffenheit von Diskriminierungen etc. geht).

Dagegen kann in zentralistischen Organisationen sehr leicht eine kleine Minderheit – nämlich die Führung – alles blockieren und dazu noch dauerhaft die Ballung von Einfluss, Informationen, Kommunikationskanälen, Entscheidungsgewalt und Ressourcen dazu benutzen, basisdemokratische Strukturen auszuhöhlen, abzuschaffen und die Masse der revolutionären Aktivist_innen auszuschalten und damit eine Organisation oder gar Revolution um ihren emanzipatorischen Gehalt bringen.

Anarchismus und Tageskämpfe

Revo kritisiert weiterhin das Verhältnis von Anarchist_innen zu Tageskämpfen. Laut Revo würden diese von einigen Anarchist_innen abgelehnt, weil sie die Legitimation des Staates stärken würden. Das ist etwas zu vereinfacht dargestellt.

Was die anarchosyndikalistische Bewegung angeht, so sind Tageskämpfe das Alltagsgeschäft: Lohneintreibungen, Mietstreiks, Hausbesetzungen, Kampf gegen Jobcenter usw. Mit wachsender Kraft schließt dies auch den Kampf um Gesetzesänderungen ein, wenn es bspw. um Vorkaufsrechte für soziale Hausprojekte-Initiativen oder Höhe von Renten- oder Hartz IV-Niveau geht. Dabei ist zu beachten, dass Anarchosyndikalist_innen ihre Lebenszeit dabei nicht in Parlamenten verschwenden, sondern wissen, dass das Parlament dann Zugeständnisse gegen den Willen des Kapitals macht, wenn ökonomischer Druck in den Betrieben (Generalstreiks, Blockaden) da ist und sonst eher nicht – egal welche Partei letztlich im Parlament sitzt.

Als Anarchosyndikalist_innen sind für uns dabei eine Reihe von Kriterien in der Frage wichtig, ob wir – als Organisationen – Tageskämpfe für unterstützenswert halten oder nicht:

- Verändert es unsere konkrete Lebenssituationen als Arbeiter_innen zum besseren?
- Verändert es unsere zukünftigen Ausgangsbedingungen für eine gesamtgesellschaftliche Umwälzung zum besseren?

¹⁰ Vgl. u.a. www.cooperactyva.org unserer Schwesterngewerkschaft CNT und der Kurzfilm über den Kooperativenverbund Cecosesola: <https://www.youtube.com/watch?v=iM0ti-5Rh7E>



Warum wir nicht mit Revo zusammenarbeiten

- Birgt der Tageskampf in der Art und Weise, wie er geführt wird, ein emanzipatives Moment? Erleben die Lohnabhängigen bspw. bei der Durchsetzung der Forderungen durch direkte Aktionen (bspw. Streiks zur Abwendung der Rentenreform in Frankreich) ihre eigene, kollektive Macht und ihr kollektives Klasseninteresse oder werden nur neue reaktionäre Ideologien und Institutionen gestärkt?

Spanische Revolution

Abschließend noch kurz zur flapsigen These über die spanische Revolution, die von Revo in ihrem Programm genannt wird und die einem auch andernorts, bspw. von der SAV, um die Ohren gehauen wird: Die Anarchist_innen hätten die spanische Revolution gegen den Stalinismus und den Franco-Faschismus verloren, weil sie sich nicht traute, die Staatsmacht zu ergreifen.

Diese These ist völliger Unsinn und sie lässt sich u. a. leicht mit Revos eigener Argumentation widerlegen: Sozialismus in einem Land wird weder wirtschaftlich noch militärisch eine Chance haben. Die spanische Revolution war eine verzweifelte. Sie war isoliert und wurde von keinem Land außer halbherzig durch die Sowjetunion militärisch unterstützt. Die Sowjetunion machte ihrerseits gerade eine Abkehr vom revolutionären Kurs und vom anarchistischen Einfluss zur Bedingung der Unterstützung. Durch die wirtschaftliche Abhängigkeit vom kapitalistischen Ausland konnten außerdem Wirtschaftsunternehmen und bürgerliche Staaten ebenfalls Bedingungen diktieren. Die Revolution hatte eigentlich nie eine Chance, in einem Sieg der Emanzipation zu enden. Die CNT hatte diese Revolution deswegen auch nicht gesucht, sich sogar Monate zuvor klar gegen revolutionäre Versuche in dieser gesellschaftlich-wirtschaftlichen Lage ausgesprochen.

Der verzweifelte Versuch, den Faschismus trotzdem niederzuringen und dabei gleichzeitig möglichst große Erfahrungen für eine anarchistische Zukunft zu sammeln, verdient vollstes Verständnis und Respekt. Eine Übernahme der Staatsgewalt durch die Anarchist_innen hätte am Ausgang der Revolution wohl auch nichts geändert, außer die Erfahrungen zu minimieren, die eine emanzipatorische Bewegung heute aus den Prozessen innerhalb der Revolution ziehen kann.¹¹

Kommunistische Altlasten

Die sozialistischen Bewegungen haben in ihrer gut 200-jährigen Geschichte eine Menge historische Altlasten angesammelt. Sind diese beim Anarchismus (z. B. Strömung „Propaganda der Tat“) meist weniger umfassend und im Alltag der heutigen Gesellschaften weniger präsent, so ist die Begrifflichkeit „Kommunismus“ bei vielen Menschen negativ mit autoritären Regimen und nicht etwa mit einer freiheitlichen Utopie verknüpft. Das betrifft einerseits jene, die in der DDR mit Überwachung, Haft und teilweise Folter aufgrund politischer Opposition konfrontiert waren. Es betrifft daneben aber auch tausende Migrant_innen, bspw. aus anderen (ehemals) „sozialistischen“ Ländern wie der ehemaligen Sowjetunion, Kuba, China, Vietnam, Kambodscha, Irak, Syrien, Libyen.

¹¹ Lesetipp mit guter, materialistischer Analyse dazu: Michael Seidman – Gegen die Arbeit. Über die Arbeiterkämpfe in Barcelona und Paris 1936-38, Verlag Graswurzelrevolution 2011, ISBN 978-3-939045-17-5



Warum wir nicht mit Revo zusammenarbeiten

Eine linksradikale und anarchistische Bewegung, die wieder Masseneinfluss gewinnen will, muss sich eingestehen, dass sie aktuell keine begriffsbestimmende Macht über das Wort „Kommunismus“ mehr hat. Die Anwendung des Wortes wurde und wird vielmehr von Diktaturen, die sich als sozialistisch oder kommunistisch definieren, bestimmt, ebenso von ihren (neo-)liberalen, konservativen und rechten Gegner_innen. Wie zukünftig mit diesem Umstand umgegangen werden soll, ist eine weiterführende Frage, im Hier und Heute verweist sie aber auf zwei Notwendigkeiten:

1. Politische Verantwortung zu übernehmen. Das heißt, das Ausmaß der menschenverachtenden, historischen Tatsachen ebenso wie dessen Ursachen bei den einzelnen Bewegungen (und das schließt auch schlimme Auswüchse der anarchosyndikalistisch geprägten Spanischen Revolution ein) schonungslos zu erforschen und zum Thema zu machen. De facto heißt das, einen Bruch zu machen mit Verklärungen und Romantisierungen. Es heißt aber vor allen Dingen auch, authentische konzeptionelle Brüche zu machen, aus der Geschichte zu lernen und öffentlich aufzuzeigen, wie eine heutige Bewegung gewährleisten will, dass sich Geschichte nicht wiederholt.

2. Das unter geliebten Begriffen, Flaggen und Symbolen verursachte Leid und den politischen Rückschritt anzuerkennen. Anzuerkennen, dass die Empathie für die historischen Opfer eine reale ist, dass die Trauer und die Wut von heutigen Betroffenen eine reale ist. Das heißt auch, nicht mit Insignien, Liedern, Begriffen und Konzepten autoritärer Regime zu spielen, als handle es sich dabei um witzige Folklore. Eine linke Bewegung, die mit SU- und Mao-Chic auf den Gräbern der Toten tanzt, die sich mit Regimen durch ihre Unsensibilität solidarisiert, die taub und blind für die Opfer dieser Regime ist, macht sich unglaublich, ist des Begriffs „emanzipatorisch“ unwürdig und hat nichts mit uns zu tun. Die Konsequenz daraus ist, keine Toleranz für die Verharmlosung autoritärer „sozialistischer“ Regime und ihrer staatstragenden Kulturgüter zu zeigen. Die Konsequenz ist darüber hinaus, anzuerkennen, dass viele Symbole, Parolen und selbst der Begriff Kommunismus nicht einfach verwendet werden können, als hätte es diese historischen und aktuellen Phänomene nicht gegeben.

Diese Kritik richtet sich an Einzelmitglieder von Revolution in ihrem alltäglichen Umgang, aber auch an die Performance der Organisation an sich. Das bloße Verweisen auf eine degenerierte, stalinistische Bürokratie halten wir dabei für eine fahrlässige Vereinfachung und Herausrederei, da die Geringschätzung des Individuums, der authentischen sozialen Beziehungen unter den Menschen, der Eigenverantwortung und Selbstorganisation schon weit vor dem Machtantritt bspw. der Bolschewiki in politischen Programmen, Schriften und nicht zuletzt Organisationsweisen zum Ausdruck kam. Es ist der Ideologie immanent, die sich rein auf materielle Grundlagen fixiert und dabei Erkenntnisse der Organisationssoziologie, Psychologie, Kulturforschung etc. links liegen lässt.

Verwendung des Symbols „Hammer und Sichel“

Besonders deutlich stößt uns die Verwendung des Symbols „Hammer und Sichel“ auf. „Hammer und Sichel“ sind kein uraltes Symbol der Selbstorganisation von Arbeiter_innen und Bäuer_innen, wie oft behauptet wird. Es ist von Beginn an ein Symbol der bolschewistischen Bewegung und ihres Sieges über andere, libertätere Fraktionen der sozialistischen Bewegung. Für den 1. Mai 1918 entwarf der bolschewistische Maler Jewgenij Iwanowitsch Kamsolkin das Symbol für eine Demonstration der Bolschewiki.¹² Im Juli 1918 wurde das Symbol zum offiziellen Symbol der bolschewistischen Partei.¹³

¹² Lexikon der Kunst, Leipzig, Seemann-Verlag, 1968–78, Bd. 2, S. 179

¹³ Beschluss vom V. Allrussischen Sowjetkongress



Warum wir nicht mit Revo zusammenarbeiten

Zu diesem Zeitpunkt hatten die Bolschewiki bereits das basisdemokratische Rätssystem weitestgehend entmachtet (unter Kontrolle gebracht und im Wesentlichen auf Verwaltungstätigkeiten reduziert), kämpften aktiv gegen die räteanarchistische Machno-Bewegung in der Ukraine und ermordeten, verschleppten und unterdrückten durch den Geheimdienst Tscheka zehntausende politische Oppositionelle. Somit war „Hammer und Sichel“ von Beginn an ein Symbol für die verlorene Revolution und den beginnenden, totalen staatlichen Terror unter dem Label einer „sozialistischen“ Revolution.

In der Folge wurde das Symbol zwar auch von kommunistischen Klein- und Kleinstorganisationen auf der ganzen Welt übernommen, ging in das Bewusstsein aber v. a. als Staats- und Parteisymbol diverser autoritärer Regime und ihrer Gräueltaten ein. Bezogen auf die Sowjetunion wären hier beispielhaft die Niederschlagung des libertären Kronstädter Aufstandes, die (teils auch antisemitischen und rassistischen) stalinistischen Säuberungen und die Niederschlagung des Prager Frühlings zu nennen. Auch die Kommunistische Partei Kambodschas nutzte das Symbol in ihrer Flagge. Sie brachte in den vier Jahren ihrer Terrorherrschaft 25–30 % der Gesamtbevölkerung um, zu großen Teilen durch Folter oder mit primitivsten Werkzeugen. Unter Hammer und Sichel ereignete sich somit in Kambodscha eine der grausamsten Terrorherrschaften der modernen Menschheitsgeschichte. In China kostete die Herrschaft der Kommunistischen Partei, welche ebenfalls unter Hammer und Sichel firmiert, ebenfalls bereits Millionen Menschen das Leben. Das Regime steht ganz aktuell für den Massenmord unter Verwendung der Symbolik. So wurde allein für 2011 die Vollstreckung von 5000 bis 6000 Hinrichtungen geschätzt.

Würden wir nicht bei jeder anderen politischen Strömung die Verwendung einer auf solche Weise belasteten Symbolik aufs schärfste kritisieren und skandalisieren? Würden wir nicht jede andere politische Strömung, die sich in die Nähe auch nur annähernd ähnlich unterdrückender und mörderischer Regime stellt, als klare politische Gegnerin begreifen? Wie müssen sich geflüchtete Oppositionelle bspw. aus China fühlen, die sich hier in der linken Bewegung organisieren wollen und dabei auf dieses Symbol treffen? Ist Massenmord und Diktatur weniger schlimm, wenn die Fahne rot ist? Wir sagen nein und fordern: Keine Toleranz für die Verwendung von Hammer und Sichel und ähnlich gelagerten Symbolen, keine Toleranz für die Verniedlichung „sozialistischer“ Diktaturen und Morde!

Kritik an der Einheitsfront-Taktik

Bei Treffen, in Flyern und Texten wirbt Revo immer wieder für eine Einheitsfront „aller linken Kräfte“. Damit greifen sie Organisationen wie die FAU Dresden an, die ihren Ausschluss aus Bündnissen fordern und bezeichnen sie als Spalter_innen bzw. werfen ihnen vor, den Kampf und die Einheitsfront zu schwächen. Doch was verbirgt sich hinter dem Konzept der Einheitsfront? Warum lehnen wir eine solche mit Revo ab?

Der Einheitsfrontbegriff wurde 1921 durch die Komintern, also die Internationale der Moskau-treuen kommunistischen Parteien geprägt. Das dahinter stehende Konzept sah vor, taktische Bündnisse mit anderen Organisationen der Arbeiter_innenbewegung, v. a. sozialdemokratischen und anderen kommunistischen Parteien zu schließen. Bei diesen Bündnissen sollte es sich um zeitlich begrenzte Bündnisse zu konkreten Tageskämpfen handeln. Dezidiert sollte dabei die Möglichkeit erhalten bleiben, sich öffentlich aufs schärfste zu kritisieren. Die Taktik wurde vor dem Hintergrund der Isolation der meisten Kommunistischen Parteien (KPs) geschaffen. Sie hatte und hat dezidiert das Ziel, sich innerhalb der entsprechenden Einheitsfronten als Organisation durch militantes und effektives



Warum wir nicht mit Revo zusammenarbeiten

Vorgehen zu profilieren und damit Mitglieder bei den restlichen Organisationen der Einheitsfront abzuwerben. Die eigentlichen, tagespolitischen Kämpfe sind innerhalb dieser Strategie also dezidiert Vehikel zur Mitgliederabwerbung bzw. zur Schaffung von Akzeptanz für die eigene Organisation. Als eine der höchsten Formen der Einheitsfront wurden 1923 die SPD-KPD-Regierungen in Sachsen und Thüringen angesehen. Bei dieser versuchte die KPD, die Macht über die Innenministerien zu erlangen, um aus dem Nichts einen bewaffneten Aufstand und eine Revolution nach russischem Vorbild zu entfesseln.

Mit dem Erstarren faschistischer Bewegungen in Europa erhielt die Einheitsfront-Konzeption einen defensiveren Charakter. Dabei ging es zunehmend um die Einigung auf antifaschistische Minimalkonsense, um Aktionseinheiten wie die „Antifaschistische Aktion“ zu schaffen. Doch selbst in diesen Konstellationen stellte die KPD-Führung die Erweiterung ihrer Dominanz in der Arbeiter_innenbewegung klar über pragmatisch angelegte Bündnisse auf Augenhöhe.¹⁴ Fairerweise muss mensch hier sagen, dass dies zumindest bezüglich der Haltung zur Sozialdemokratie in einem Beitrag auf der Revo-Seite auch als historischer Fehler gewertet wurde.¹⁵

Die Aufforderung zur Einheitsfront kann also als öffentliche Ankündigung verstanden werden, jemanden über den Tisch zu ziehen - das macht das Konzept logischerweise auch wenig attraktiv. Wenn „Einheitsfronten“ zu Stande kommen, dann meist deshalb weil a) ein konkretes Ziel ansonsten nicht umsetzbar wäre oder b) es eine Organisation schafft soviel moralischen Druck zu erzeugen, dass die zur Einheitsfront aufgerufenen Organisation um Gesichtsverlust bei ihrer Mitgliederbasis oder Sympathisant_innen fürchten. Letztere Strategie verfolgte auch Revo Dresden u. a. beim Versuch, Teil des Kritischen Bildungsbündnisses zu werden.

Zusammen weniger erreichen – macht die Einheitsfront Sinn?

Die „Einheitsfront“ bildet also einen klaren Unterschied zu freundschaftlichen Kooperationen und Bündnissen von Organisationen und Kräften mit verwandten Zielen und Taktiken. Wenn wir bspw. mit anderen anarchistischen und libertär-kommunistischen Organisationen Bündnisse eingehen, so mögen wir unterschiedliche taktische und strategische Einschätzungen haben, ein Vorankommen der Partner_innenorganisationen stellt aber für keine der anderen Organisationen eine strukturelle Gefahr da – das Verhältnis ist ein authentisch solidarisches.

In der Einheitsfront dagegen sind die unterschiedlichen Ziele schon mittelfristig eine potentielle, gegenseitige Bedrohung. So müssen prokapitalistische (bspw. sozialdemokratische) Bündnispartner_innen eine Popularisierung der revolutionären Programme von Anarchist_innen und Kommunist_innen fürchten. Anarchist_innen wiederum müssen fürchten, dass die Gläubigkeit an Parteien, Zentralismus, Linkspopulismus und Befehlshierarchien mit der Normalisierung von orthodox kommunistischen Parteien in der linksradikalen Bewegung wieder salonfähig werden und damit Erfahrungs-

14 Illustrierend zur „Einheitsfront“ der 1930er in Dresden: Die KPD berief am 24. und 25. Januar 1931 in Dresden einen „Kampfkongreß gegen den Faschismus“ ein, in dem im wesentlichen das Partei-Programm der KPD von verschiedenen Redner_innen vorgetragen wurde und in Opposition stehende Gruppierungen kein Rederecht erhielten, obwohl die Konferenz als organisationsübergreifend angekündigt war. Im Juli 1932 wurden u. a. die FAUD von einer antifaschistischen „Einheitsfront“-Demonstration gedrängt, weil sie außerparlamentarische Kampfformen propagierte. Vgl.: Jürgen Jenko: Die anarcho-syndikalistische Bewegung (FAUD) in Dresden, Bochum 2004, Magisterarbeit oder alternativ Ausgaben des „Syndikalist“ 1931–33.

15 Vgl. <http://onesolutionrevolution.de/grundlagen-des-marxismus-die-einheitsfront-getrennt-marschieren-vereint-schlagen/>



Warum wir nicht mit Revo zusammenarbeiten

prozesse der Bewegung zunichte gemacht werden. Ebenso müssen die Beteiligten fürchten, dass das Paktieren mit eigentlich politischen Gegner_innen die eigenen Sympathisant_innen verschreckt, weil eine Totalopposition so nicht mehr glaubhaft ist. Aus unserer Sicht wäre z. B. verständlich, dass von der Sozialpartnerschaft enttäuschte Arbeiter_innen uns nicht als Systemalternative betrachten, wenn wir uns ständig in Bündnisse mit JuSos oder SPD begeben würden. Oder dass wir für ehemalige Gefangene der „realsozialistischen“ bzw. staatskapitalistischen Regime keine glaubhafte Organisationsoption sein können, wenn wir regelmäßig neben Hammer- und Sichel-Fahnen demonstrieren.

Durch eine Einheitsfront kann mensch daher auch Kräfte verlieren, gerade wenn bereits ein tiefes Misstrauen gegen „die Linke“ in der Bevölkerung vorherrscht und ihre verschiedenen Strömungen nicht mehr als Vertreter_innen grundverschiedener Konzepte wahrgenommen werden, sondern nur noch als unterschiedliche Gesichter des immer gleichen Prinzips korrupter, auf das eigene Privileg bedachter Funktionär_innenbürokratie. Die Einheitsfront kann maximal eine temporäre Bündelung der Kräfte und gegebenenfalls noch eine Umverteilung innerhalb der Einzelkräfte bewirken. Über die schon in der Einheitsfront Organisierten hinaus zu wirken ist dagegen schwierig, da die Einheitsfront in ihrer Widersprüchlichkeit für kein wirkliches Konzept stehen kann. Dieser Standpunkt wird so im Übrigen auch von der Revo nahestehenden Organisation „Arbeitermacht“ vertreten.¹⁶

Aus den genannten Gründen ist nicht zu unterschätzen, wie viel Kraft und Konzentration in einer „Einheitsfront“ damit verloren wird, die Manöver der „Partner_innen“ im Auge zu behalten und darauf zu reagieren. Wir denken, in den meisten Fällen ist der Sache mehr gedient, wenn Strömungen, die nichts miteinander gemein haben, sich bestenfalls nicht auf die Füße treten oder sich punktuell über aktuelles Vorgehen informieren.

Stell dir vor es ist Einheitsfront und keiner geht hin... oder Linksradikele Mathespielchen

Weshalb Revo trotzdem so vehement die Einheitsfront fordert, ist schnell erklärt: Als eine trotzkistische Organisation haben sie nicht viele Freund_innen. Die Sozialdemokrat_innen wollen wegen ihres Antikapitalismus nichts von ihnen wissen, von Seiten der Stalinist_innen und Maoist_innen werden sie als Verräter_innen teilweise gar körperlich bedroht und beim libertären, anarchistischen und (post-)autonomen Spektrum kommen sie wahlweise wegen ihrer Haltung zu nationalen Befreiungsbewegungen oder ihrem Bedürfnis nach einem „Arbeiterstaat“ schlecht an. Auch sonst haben sie Probleme zu wachsen: Sie können die Notwendigkeit für ihre, auf die Schaffung einer kommunistischen Weltpartei und die Errichtung von „Arbeiterstaaten“ ausgelegte, Organisation, wie oben gezeigt, nicht argumentativ begründen. Sie haben außerdem auch keine konkreten Konzepte, die Lebenssituation ihrer Mitglieder zu verbessern oder ihre politische Durchsetzungsfähigkeit mittels der Organisation zu erhöhen.

16 „Die Einheitsfront von einer Taktik zur Strategie zu machen, wenn ihr Zustandebringen (oder ihr Weiterbestehen, ist sie einmal erreicht) das dauernde langfristige Ziel wird, das kann nur zur Liquidation des revolutionären Programms führen.“ BRKI -Delegiertenkonferenz (Juli 1986), zitiert nach:

<http://arbeiterinnenmacht.de/2017/12/29/die-taktik-der-anti-imperialistischen-einheitsfront-2/>



Warum wir nicht mit Revo zusammenarbeiten

Da sie nur agitieren und kritisieren können, braucht Revo Bühnen, auf denen sich die Organisation profilieren kann. Diese versucht sich die Organisation auf Großdemos und Bündnissen zu schaffen. Wer Revo diese Bühne nicht liefern will, wird moralisierend mit dem Hinweis auf eine notwendige Einheitsfront angegriffen, ohne dass rational argumentiert würde, wie eine Einheitsfront mit Revo tatsächlich das entsprechende Ziel (und nicht Revo) voranbringen soll. Damit erpresst sich die Orga einerseits mit Spaltungsvorwürfen ihren Platz in Bündnissen und versucht andererseits Kritiker_innen als machthungrige Taktierer_innen gegenüber Unorganisierten und Partner_innen darzustellen.¹⁷

Als Revo Dresden im Frühjahr 2016 aus dem Bündnis „Solidarity without limits!“ geschmissen wurde, bezeichneten sie das als einen Angriff „auf die antirassistische Bewegung selbst, die in Dresden ziemlich schwach aufgestellt ist.“¹⁸ Dieselbe Argumentation wiederholte sich, als die FAU Dresden sich 2018 im Kritischen Bildungsbündnis dafür aussprach, Revo solle sich auf der Streikdemonstration nicht durch Fahnen kenntlich machen.

Nun können wir feststellen, dass unter den linksradikalen und anarchistischen Strukturen in Dresden ein breiter Konsens über gewisse Fragen besteht. Diese beinhaltet beispielsweise, dass es den Boden des sachlich und politisch Vertretbaren verlässt, Israel als ein Apartheids-Regime zu betiteln. Er beinhaltet, dass es nicht okay ist, in Bündnissen wie BDS mit der Hamas und anderen Antisemit_innen zusammen zu arbeiten (und dass schon die Grundforderungen des Bündnisses antisemitisch sind). Er beinhaltet auch, dass es für die Sache der Emanzipation schädlich ist, einen „sozialistischen Staat“ und eine „kommunistische Partei“ aufzubauen.

Revo, eine Orga von einer Handvoll Menschen, deutschlandweit acht Gruppen, von denen ein guter Teil keine Aktivitäten zeigt, fordert nun, von diesen weithin getragenen, libertären Konsensen abzurücken, Positionen, die von uns und anderen als klar antiemanzipatorisch empfunden werden, in ansonsten emanzipatorischen Bündnissen Raum zu geben und damit für viel Streit, Bitterkeit und Trennung in unseren Reihen Platz zu machen, um endlich mit dieser großartigen Organisation zusammen zu kämpfen. Oder kurz: Wenn mensch hier ohne Not „Arbeiterstaat“-Fetisch und hamas-relativierendem Populismus die Tür öffnet, verliert mensch – aus gutem Grund – mehr Leute als die Handvoll Revo-Mitglieder, die mensch gewinnt.

Nicht der Ausschluss von Revo aus emanzipatorischen Bündnissen stellt damit einen Angriff auf die Arbeitsfähigkeit kritischer, sozialer Bewegungen ein, sondern die Verbissenheit, mit der diese Organisation sich ihren Platz in Bündnissen erpressen will, unabhängig davon ob die „Partner_innen“ in freier Föderation mit ihnen arbeiten wollen oder nicht.

Solch ein reines Mathespielchen sagt natürlich erst mal nichts über die Richtigkeit der einzelnen Standpunkte aus. Wenn Revo aber immer anmahnt, inhaltliche Differenzen hintanzustellen, um im hier und jetzt effektiver gegen den anhaltenden Rechtsruck zu sein, dann wäre ihnen eigentlich eher die Selbstauflösung zu empfehlen.

17 Revo hat der FAU dabei mehrfach vorgeworfen, autoritär zu sein, weil wir eine Zusammenarbeit mit der Organisation ablehnen. Wir empfehlen hier einen Duden, da autoritäre Unterdrückung und freie Vereinbarung zwei Paar Schuhe sind. Klar ist aber auch, dass Revo das selbst klar ist und es hier darum geht vor Dritten moralisierend Druck aufzubauen und unsere Delegierten durch paradoxe Einwüfe aus dem Konzept zu bringen.

18 Vgl. <http://onesolutionrevolution.de/dresden-kaempft-die-linke-gegen-pegida-oder-gegen-sich-selbst/>



Warum wir nicht mit Revo zusammenarbeiten

Klares Programm oder verfeindete Notgemeinschaft?

Revo plädiert selbst, wie in einem Text von 2016, immer wieder dafür, die Leute mit einem klaren, revolutionären Programm zu gewinnen und wieder für linke Politik zu begeistern: *„Wir befinden uns im Zuge der neuen Qualität der rassistischen Bewegung in einem starken Polarisierungsprozess. Dieser Polarisierungsprozess führt jedoch nicht automatisch dazu, dass sich die Menschen nach links bewegen, sondern, dass es die Aufgabe von ‚uns‘ ist, diesen Menschen Angebote und ein revolutionäres Programm im Kampf gegen den aufkommenden Rassismus, als Folge der historischen Krise des Kapitalismus, anzubieten.“*¹⁹ Dieser Einschätzung würden wir soweit zustimmen.

Nun ergibt es aber keinen Sinn, mit genau dieser Formel immer wieder zu begründen, dass Organisationen wie die FAU mit Revo gemeinsame Sache machen sollten. Dieser Schluss übersieht, dass auch der Staatskapitalismus alias Staatssozialismus in einer historischen Krise steckt, eine Krise, die wir ihm aus vollem Herzen gönnen und die unserer Meinung eine Grundlage bilden kann, nun ein wirklich emanzipatorisches Gesellschaftsmodell in Angriff zu nehmen.

Die FAU hat eine klare Programmatik. Diese kommt zwar in keinem 40-seitigen Welterklärungstext daher, dafür aber um so mehr in ihrer Struktur und ihrer Praxis zum Ausdruck. Diese Programmatik heißt: Weg mit aller Stellvertretung, aller Bevormundung der lohnabhängigen Klasse durch Funktionär_innen, Parteiführer_innen, Regierungen. Wie sollten wir Menschen von dieser Vision überzeugen, wenn wir genau mit jenen Strömungen des Sozialismus auftreten, die neue Funktionär_innen, Eliten, Parteien und Regierungen errichten wollen?

Auswahl von Bündnispartnern nach Label, nicht nach Inhalt

Revo fordert immer wieder ein Zusammengehen aller linken Kräfte. Wir halten das für eine problematische Sichtweise, da links ein undefinierter Kaugummibegriff ist, der ganz unterschiedliche Bewegungen betitelt, die als unvereinbar gelten dürfen. So gibt es auch durchaus plausible Argumentationen, mit denen Anarchosyndikalist_innen diese Klassifizierung für sich insgesamt ablehnen.²⁰

Es stellt sich also die Frage, wer ist links? Der sozialliberale Flügel der FDP? Anarchoprimitivist_innen, die eine menschenverachtende, darwinistische Utopie vertreten? Anhänger_innen des Jugendwiderstandes, die mit dem F-Wort gegen Antifaschist_innen wettern und „Antikommunist_innen töten, auch Linke!“ an die Wand kritzeln? Stalinos, die sich eine gute Position im aufzubauenden, totalitären Regime erhoffen? JuSos, die sich heute noch antifaschistisch geben, um morgen zum Wohle der deutschen Wirtschaft Waffenexporte an die Erdogan-Diktatur zu genehmigen?

Wir meinen: Mit der Losung von einem Zusammengehen aller linken Kräfte kommen wir schwerlich weiter, einfach weil auch unter dem Label „links“ so viel menschenverachtender oder von emanzipatorischen Ansprüchen befreiter Müll abgesondert wird, dass mensch diese Losung entweder selbst nicht ernst nimmt oder völlig beliebig in der Wahl seiner potentiellen Partner_innen ist und damit auch unmöglich zielgerichtet für eine bessere Gesellschaftsordnung streiten kann.

19 Vgl. http://onesolutionrevolution.de/dresden-neue-technische-angriffe-von-pro-zionist_innen/

20 Vgl. <https://www.anarchismus.at/texte-anarchosyndikalismus/anarchosyndikalistische-theorie/687-fau-bremen-anarcho-syndikalismus-ist-nicht-links>



Warum wir nicht mit Revo zusammenarbeiten

Schauen wir uns Revos aktuelle Bündnispolitik an, so finden wir dabei bspw. die Kampagne BDS, zu der wir uns später noch ausführlicher äußern werden und deren Teil die islamo-faschistische und im Gaza-Streifen diktatorisch herrschende Hamas ist. Das allein gibt vielleicht schon einen Eindruck, wie mensch sich mit einer solchen Beliebigkeit zum Steigbügelhalter für zweifelsohne reaktionäre Organisationen machen kann.

Revo – potentieller Auftakt zu Schlimmerem?

Selbst wenn die restlichen Kritikpunkte an Revo nicht geteilt werden oder aus der Welt geschafft werden, kann Revos Einstellung, vorbehaltlos mit allen anderen linken Organisationen zusammen zu arbeiten, ein echtes Problem werden: Revo ist potentielle Bündnispartnerin jeder vorstellbaren politischen Gruppierung, so lange sie sich als links oder sozialistisch begreift. Wenn Revo in Dresden wächst und durch die emanzipatorische Bewegung Akzeptanz erfährt, könnte sie durch ihre Bereitschaft zu Bündnissen Einzelpersonen zur Aktionsfähigkeit und damit zum Aufbau von Organisationen verhelfen, die in Dresden sonst wohl keine Chance hätten. Wenn Revo Dresden bspw. auf 15 bis 20 Leute wachsen würde, würden sie nach ihren bisherigen Verlautbarungen auf Anfrage von Einzelpersonen von SDAJ oder maoistischen Kreisen sicherlich zusagen, gemeinsame Aktionen zu organisieren und Organisationsbestrebungen von dieser Seite eine Plattform geben, um neue Leute anzuwerben und so überhaupt lebensfähige Strukturen zu entwickeln.

Dass die Festigung maoistischer Organisationen wie des „Jugendwiderstands“ und verbündeter Gruppen schnell zur Gewalt gegen Antifaschist_innen führen kann ist uns u. a. aus Flensburg und Berlin bekannt.²¹ Das zeigt auch die Absurdität der Forderung auf, keine klare Grenze zu diktatorischen und menschenverachtenden Strömungen zu ziehen, die sich selbst noch als links begreifen. Revo kann damit Gruppierungen zum Aufstieg verhelfen, von denen sie nach anfänglich taktischer Zusammenarbeit über kurz oder lang selbst angegriffen und verfolgt würden.

Weniger offensichtlich mag die Gefahr sein, wenn es um handzahmer daher kommende Organisationen wie die DKP-Jugend SDAJ oder die DKP selbst geht. Nur weil diese Organisationen weniger aktionistisch und aggressiv daher kommen, sind sie nicht weniger problematisch. Nicht nur, weil sie – noch mehr als Revo – eine „Diktatur des Proletariats“ im Sinn haben, die nichts mit einer anarchistischen oder libertär-kommunistischen Strategie und Utopie gemein hat. Nein, die Probleme und die Feindschaft kommen viel unmittelbarer, nämlich in der internationalen Solidaritätsarbeit zum Ausdruck, die ein libertäres Lager auf der einen, ein leninistisches Lager von DKP und SDAJ auf der anderen Seite betreiben.

Deutsche Anarchist_innen, darunter auch in Dresden, unterstützen aktiv Anarchist_innen in Griechenland. DKP und SDAJ unterstützen die als stalinistisch geltende KKE, die kommunistische Partei Griechenlands. Beide Bewegungen stehen sich in Griechenland nicht selten bewaffnet gegenüber und verfolgen als relevante Teile des politischen Spektrums ihres Landes völlig unterschiedliche Ziele. Zum Ausdruck kam dies besonders eindrücklich, als die KKE am 20. Oktober 2011 während eines Generalstreiks das Parlament vor der Erstürmung durch mehrere tausend Menschen schützte

²¹ Vgl. <https://de.indymedia.org/node/21274>; ausführliche Galerie von Sexismus und Morddrohungen im Stadtbild: <https://akopol.wordpress.com/2018/06/27/offener-brief-zum-revolutionaeren-kollektiv-flensburg-innerlinke-gewalt-und-frauenverachtung-ausgeschlossen/>. Zum Überfall in Berlin: <https://www.klassegegenklasse.org/erneuter-ueberfall-auf-linke-in-neukoelln/>



Warum wir nicht mit Revo zusammenarbeiten

und damit der Polizei quasi den Job wegnahm.²² DKP und SDAJ unterstützen beide ebenso das kubanische Regime.²³ Gleichzeitig unterstützt bspw. die Föderation deutschsprachiger Anarchist_innen seit vielen Jahren, teils unter enormer Repressionsgefahr vor Ort, anarchistische, kubanische Oppositionelle.²⁴

Stimmen wir Revos Bündnispolitik dadurch zu, dass wir die Organisation in unseren Bündnissen und Räumen akzeptieren, unterstützen wir damit auch die potentielle Öffnung der radikalen und emanzipatorischen Bewegung Dresdens für Unterstützer_innen solcher stalinistischer Parteien und autoritären Regime. Ganz praktisch heißt das: Wir müssen fürchten, dass Informationen über befreundete Bewegungen (z. B. in Griechenland, Kuba, China), die in Dresden Verbreitung finden, durch die potentiellen Bündnispartner_innen Revos den jeweiligen Repressionsstrukturen zugänglich gemacht werden. Das ist nicht unsere Idee vom Rahmen einer emanzipatorischen Bewegung.

Kritik an Revos Position zu nationalen Befreiungsbewegungen

Revo widmet nationalen Befreiungsbewegungen in ihrem „Manifest“ ein ganzes Kapitel. Kritisch erscheint uns hier schon die Verwendung des Volksbegriffs. Die Kategorie „Volk“ wird hier als stehender Begriff verwendet, auf seine gesellschaftliche Konstruktion wird nicht hingewiesen. Wir kennen keine Völker, wenn auch Gemeinschaften mit gemeinsamen kulturellen Hintergründen oder gemeinsamen Rassismus- und Nationalismuserfahrungen. „Volk“ als trennendes Konstrukt zu dekonstruieren, als bloße Idee zu demaskieren, halten wir für eine wichtige Grundbedingung für umfassende Emanzipation.²⁵ //Fußnote Ethnizität//

Zu seinem Verhältnis zu nationalen Befreiungsbewegungen stellt Revo fest: *„Wo die Mehrheit der Bevölkerung eines Volkes Unabhängigkeit verlangt, unterstützen wir sie. Die einzige Voraussetzung ist, dass sie damit nicht die Freiheit anderer Nationalitäten, der Arbeiterklasse oder ethnischer Minderheiten untergräbt.“*²⁶

Dieser Anspruch klingt erst mal besser und klarer als er eigentlich ist. Es stellen sich zunächst Fragen wie: Wer ist das Volk – und wer nicht? Wie wird festgestellt, ob die Mehrheit die Unabhängigkeit wünscht (denn selten darf in den entsprechenden Situationen darüber abgestimmt werden)? Wie wird darüber hinaus festgestellt, welche politischen und sozialen Verhältnisse das „Volk“ nach einer Unabhängigkeit erwarten würden, ob die dem Volk klar sind oder von Seiten der Separatist_innen die unabhängige Zukunft völlig realitätsfern verklärt wird? Wie stellt mensch fest, was denen, die nicht Teil des „Volkes“ sind, auf dem entsprechenden Territorium nach einer Unabhängigkeit blüht?

Schließlich kann mensch sehr deutlich die Frage stellen, wie ein Diskurs, der im Wesentlichen völkisch geführt wird, der Arbeiter_innenklasse nicht schaden soll, wo die Kategorie „Volk“ doch eigentlich immer dazu dient und genutzt wurde, die realen sozialen Ungleichheiten und Machtverhältnisse zu überlagern oder zumindest zugunsten des Kampfes gegen andere „Völker“ nicht anzutasten.

22 Vgl. <http://www.sozonline.de/2011/11/der-20-oktober-in-athen/>

23 Beispiele dafür: <https://www.netzwerk-cuba.de/2016/10/ag-kuba-solidaritaet-beim-parteiivorstand-der-dkp/> und <http://www.fgbrdkuba.de/cl/cltxt/cl2013416-sdaj-in-kuba.php>

24 <https://fda-ifa.org/libertaeres-zentrum-auf-kuba-eroeffnet/>

25 Was für uns jedoch nicht heißt kulturelle Eigenheiten und Traditionen zu verfolgen, wie wir es bspw. von Regimen wie der Sowjetunion oder dem kommunistischen Äthiopien kennen.

26 Programm Revolution 2012/13, Seite 15.



Warum wir nicht mit Revo zusammenarbeiten

Ein praktisches Gegenbeispiel stellt die Entwicklung des politischen Diskurses um die Demokratische Föderation Nordsyrien dar, die sich aus dem Kampf einer Ethnizität gegen rassistische und politische Unterdrückung entwickelte und mittlerweile ein multiethnisches, v. a. an seiner sozialen und politischen Konzeption ausgerichtetes Gebiet ist.

Was können Revolutionär_innen vom bürgerlichen Separatismus halten?

Was Revo quasi auch als Selbstverständnis verkauft, spätestens beim Thema Israel und Palästina aber nicht einhält, ist der Umstand, dass ein emanzipatorischer Blick auf separatistische Bewegungen ein zutiefst pragmatischer sein muss. Das heißt, wir unterstützen einen Separatismus vielleicht aus pragmatischen Erwägungen heraus, bspw. weil zu erwarten ist, dass sich Arbeitsbedingungen, Freiheitsrechte, Kampfbedingungen im Falle einer Unabhängigkeit für die Arbeiter_innen, Frauen, diskriminierten Gruppen verbessern.

De facto wird das aber fast nie der Fall sein. Ein neuer, bürgerlicher Staat, insbesondere wenn er auf Ethnizität gründet, produziert im Regelfall einen starken, schlimmstenfalls völkischen Nationalismus und damit eine starke Ideologie, gegen die emanzipatorisches Gedankengut ankämpfen muss. Dieselbe Ideologie überdeckt oft, dass mit der Unabhängigkeit nicht ein besseres politisches System, sondern eine ethnisch begründete Cliquenwirtschaft Einzug hält (siehe z. B. die Donbass-Republiken der Ostukraine).

Dazu kommen gegebenenfalls erschwerte Kampfbedingungen für eine internationalistische Arbeiter_innenbewegung, z. B. durch verschärfte Grenzkontrollen oder Verelendungseffekte für die Arbeiter_innen im Zuge infrastruktureller Spaltung des Landes, Flucht des Kapitals vor politischer Instabilität oder Schaffung von Freihandelszonen als politische Konzession eines neu gegründeten Landes an das internationale Kapital.

Überdies nehmen nicht wenige separatistische Bewegungen ihren Ursprung im wirtschaftlichen Gruppenegoismus einer Region oder werden durch diese zumindest stark begünstigt. Zu nennen seien hier bspw. Katalonien, das Baskenland, Norditalien, Schottland.

Abschließend sind die tatsächlichen Wirkungen und Langzeitfolgen von Unabhängigkeitsbestrebungen oft schwer vorauszusehen. Im Vorfeld emanzipatorisches Entwicklungspotential bewerten zu wollen, kommt Kaffeesatzleserei gleich. In diesem Sinne halten wir es in den meisten Fällen für Irrsinn, sich positiv oder negativ zu einer separatistischen Bewegung zu verhalten, außer sie ist klar reaktionär. Als besonnener und sachlicher empfinden wir bspw. den Umgang unserer Schwesterngewerkschaft CNT, die sowohl den spanischen Nationalismus als auch die oligarchischen, separatistischen Netzwerke im Katalonien-Konflikt einer schonungslosen Kritik unterzog, sich für keine der beiden Seiten einspannen ließ, jedoch jede gewaltvolle Einmischung des spanischen Staates in die Debatte mit Streiks, Blockaden und direkten Aktionen beantwortete und so klar gegen die Unterdrückung des notwendigen gesellschaftlichen Diskurses Stellung bezog.



Warum wir nicht mit Revo zusammenarbeiten

Kritik an Revos Positionen bezüglich Israel und Palästina

Entgegen der anscheinend von weiten Teilen der deutschen Linken getragenen Überzeugung sind wir nicht der Meinung, dass der Konflikt zwischen Palästinenser_innen und dem Staat Israel in Klein- und Kleinstorganisationen der deutschen Linken entschieden wird. Wir finden daher die ganze Diskussion um diesen Konflikt von vielen Seiten befremdlich, da allerorten ein Einfluss auf den Konflikt suggeriert wird (und zwar in der Verbissenheit, mit der sich auf die eine oder die andere Seite gestellt wird), der ja so nicht mal im eigenen Organisationsgebiet annähernd besteht. Wir stellen außerdem voran, dass wir Israel natürlich als einen kapitalistischen, rassistischen und patriarchal geprägten Staat begreifen, zumal dieser seit 2009 auch noch rechtskonservativ regiert wird.

Trotzdem ist Israel aber auch ein Staat, in dem verschiedenste Ethnien zusammen leben (auch solche, die von Revo nicht weiter thematisiert werden, bspw. Beduinen, Drusen, Alawiten, Ahmadi, Samaritaner, Tscherkessen und Aramäer), in dem Queers, Homosexuelle und andere in den umliegenden Ländern und Regionen Verfolgte in einer relativen Sicherheit leben können, in dem ein Schutz vor Antisemitismus besteht. Auch besteht die Möglichkeit, sich politisch zu organisieren und zu agitieren. Im Westjordanland und um einiges stärker im Gaza-Streifen muss dagegen bei emanzipatorischen Organisationsversuchen mit Folter, Gefängnis, schlimmstenfalls Mord gerechnet werden.

Wie vor diesem Hintergrund der Kampf der Arbeiter_innenklasse nicht geschädigt werden soll, wenn mensch sich hinter Forderungen bspw. der Hamas im Rahmen des BDS-Bündnisses stellt, ist unklar. Fakt ist, die Möglichkeit in Israel und den palästinensischen Autonomiegebieten überhaupt eine politische Opposition zu errichten, die keinen religiös-völkischen, sondern einen feministisch-klassenkämpferischen Ansatz verfolgt, besteht aktuell am ehesten in Israel selbst.

Revos falsche „revolutionäre“ Parteilichkeit

Wenn Revo mit den Zeilen *„Denn wenn es um die Frage geht, ob wir auf der Seite der israelischen Panzer oder der bewaffneten Palästinenser stehen, die sich gegen Invasion und Blockaden wehren, ist unsere Entscheidung klar: auf der Seite der Palästinenser“*²⁷ ein einfaches und eingängiges Bild bemüht, um ihre Stellungnahme für eine Seite des Israel-Palästina-Konfliktes in ein paar Zeilen zu begründen, dann finden wir das mindestens naiv und fahrlässig, eher aber politisch niederträchtig. Ebenso naiv und fahrlässig wäre aber auch eine Gegenposition in der Form: *„Denn wenn es um die Frage geht, ob wir auf Seiten faschistisch organisierter, antisemitischer, homophober und patriarchaler Folterknechte und Mörder stehen oder auf der Seite eines demokratischen Staates, der sich und seine Bevölkerung gegen die Vernichtungsversuche der erstgenannten verteidigt, ist unsere Entscheidung klar.“*

Mit solchen Simplifizierungen wird mensch diesen politischen Konflikt weder verstehen, noch zu seiner Lösung einen Beitrag leisten können. Natürlich sind steinewerfende Kids uns erst mal näher als die Panzer, die ihnen gegenüber stehen. Mensch muss aber auch die Frage stellen, warum sie die Steine werfen, welche Möglichkeiten zur politischen Bildung und Organisation sie hatten und ob sie aus derselben Ideologie heraus, die sie vor die Panzer treibt, auch einen Christopher-Street-Day oder eine Synagoge angreifen würden.



Warum wir nicht mit Revo zusammenarbeiten

Revo lehnt dabei zwar die Hamas aus richtigen Gründen ab, kommt dann aber zu dem Schluss: „Unsere klare politische Ablehnung dieser Kräfte hindert uns allerdings nicht daran, existierende Organisationen oder Widerstandsbewegungen zu verteidigen, in denen sie eine Rolle spielen mögen.“ Das suggeriert, dass eine klassenkämpferische Lösung des Konflikts durchaus mit der Hamas angestrebt werden könnte und nicht einzig und allein gegen sie.

In der Darstellung des Konflikts geht diese Simplifizierung des Konflikts weiter. Es wird von imperialistischen Interessen gesprochen und damit durchweg USA, Israel und BRD benannt. Andere Player wie z. B. Jordanien bleiben völlig unerwähnt. Die bewaffneten Auseinandersetzungen innerhalb der palästinensischen Bevölkerung, bspw. zwischen Fatah und Hamas, bleiben unerwähnt, ebenso wie die innenpolitischen Verhältnisse im palästinensischen Autonomie-Gebiet allgemein.

In Verbindung mit den palästinensischen Geflüchteten werden viele Aspekte nicht erwähnt und damit die Rolle Israels einseitig beleuchtet, bspw.:

- a) Die Zahlen gehen auseinander, jedoch wurden seit 1946 ca. 1 050 000 arabische Palästinenser_innen v. a. durch Palästina- und Sechs-Tage-Krieg zur Flucht gezwungen. Gleichzeitig wurden aber auch ca. 850 000 Jüd_innen als Reaktion aus arabischen und islamisch geprägten Ländern zur Flucht gezwungen. Dieser Aspekt fehlt in den Betrachtungen meist völlig.
- b) Während Israel die meisten der jüdischen Geflüchteten integrierte (wenn diese auch trotzdem oft mit Herabsetzung und Rassismus innerhalb der israelischen Gesellschaft zu kämpfen haben) untersagten die meisten Länder, die palästinensische Geflüchtete aufnahmen, deren Integrierung als Staatsbürger_innen oder soziale Gleichstellung aus politischen Motiven.
- c) Die Vertreibung von ca. 440 000 Palästinenser_innen aus Kuwait 1991 wird in keiner ähnlichen Weise thematisiert oder angeklagt.
- d) Ebenso nicht die Ausweisung von zehntausenden Palästinenser_innen aus Libyen in den 1990ern.
- e) Von den heute weit mehr als 5 Millionen Menschen, die als palästinensische Geflüchtete zählen, sind mehr 80 % im Exil aufgewachsen und haben nie in den Landstrichen gelebt, in die sie zurückkehren sollen. Den meisten Betroffenen dürfte es (inzwischen) also weniger um die Rückkehr zu exakt den Grundstücken und Besitzungen gehen, die ihre Familien vor bis zu 72 Jahren verlassen haben, sondern vielmehr um politische und soziale Gleichstellung überhaupt.

Diese Beispiele sollen unterstreichen, wie der Diskurs um das Schicksal der Palästinenser_innen von weit mehr Akteur_innen als dem Staat Israel und seinen rechten, politischen Hardliner_innen politisch instrumentalisiert und damit eigentlich ohne jeden Respekt behandelt wird. Revo betätigt sich hier schlichtweg als Echokammer der anderen Seite der Medaille.

Revo Dresden versah bspw. einen ihrer Artikel (in dem sie auf einen Antisemitismus-Vorwurf der Gruppe URA eingingen) mit dem Bild einer Straßenschlachtszene, auf dem zu lesen war: „Kampf dem Zionismus! Für ein freies, sekuläres Palästina!“ (sic!)²⁸ – Was sich vielleicht erst mal selbst für Anarchist_innen gut anhört – mensch muss mit Palästina ja nicht zwangsläufig ein zentralstaatliches Gebilde meinen – entpuppt sich schnell als suggestiver Populismus.

28 <http://onesolutionrevolution.de/dresden-kaempft-die-linke-gegen-pegida-oder-gegen-sich-selbst/>



Warum wir nicht mit Revo zusammenarbeiten

Das Statement suggeriert durch die Gegenüberstellung, dass v. a. der Zionismus, also ein breites Spektrum von Ideologien, die einen jüdischen Staat fordern, einer Säkularisierung und einer Befriedung der Region Israel und Palästina im Weg stünde. Im Statement des Artikels wird, wie wir noch zeigen werden (vgl. Revo Dresden bis hierher), auf eine sehr einseitige, polarisierende Seite des zionistischen Spektrums hingewiesen. Der Zionismus als politisches und ideologisches Phänomen wird so unnötig dämonisiert.²⁹ Gleichzeitig wird dabei – wie so oft – die Rolle der Hamas und des fundamentalistischen Islam als Hindernis für Säkularisierung und Befreiung sowohl in der Bildsprache als auch in der Parole einfach ausgeblendet. Das ist symptomatisch für die Öffentlichkeitsarbeit Revos zu dem Thema.

Revo und BDS

Revo organisierte mehrfach Veranstaltungen mit und für die internationale Kampagne BDS (Boycott, Divestment and Sanctions). Diese will den Staat Israel und seine Bevölkerung wirtschaftlich, kulturell und wissenschaftlich isolieren. Wir wollen hier skizzieren, warum wir eine Zusammenarbeit mit der Kampagne als No-Go begreifen.

Der Boykott widerspricht der internationalen Klassensolidarität, weil er israelische und palästinensische Arbeiter_innen in eine nationalistische Frontstellung zwingt, statt ihre Selbstorganisation in konkreten sozialen Kämpfen und im generellen Konflikt zwischen Lohnarbeitenden und Kapital zu unterstützen.

Wir wünschen uns aber eine Bewegung, die sich gegen alle nationalistische Tendenzen jeglicher Couleur positioniert. Gerade angesichts des erstarkenden Rechtsrucks und der Rückbesinnung auf die Nation als abgeschottete Einheit erscheint uns dieser Zug der anarchosyndikalistischen Idee als besonders herauszustreichen. Das schließt für uns auch ein, dass Solidarität mit antikolonialen Befreiungsbewegungen von deren tatsächlichen emanzipatorischen Mitteln und Zielen abhängig ist.

Organisationen, die pauschal alle israelischen Produkte boykottieren, werden ganz sicherlich keine Bündnisse mit den dortigen Arbeiter_innen aufbauen können oder wollen. Eben solche Bündnisse wären aber abseits von konkreten Solidarierungen und sozialen Kämpfen auch nötig, wenn man von emanzipatorischer Seite Lösungsperspektiven für diesen Konflikt entwickeln will.

Mehr noch: Die Strategie des BDS übergehen auch Interessen palästinensischer Arbeiter_innen oder schaden ihnen sogar, solange eine Schädigung der israelischen Wirtschaft erreicht wird. So boykottiert der BDS speziell im palästinensischen Gebiet produzierte Produkte. Dies betrifft neben Siedler_innenprodukten alle Firmen, die die Autonomiegebiete als Standort gewählt haben und auch für Palästinenser*innen gesetzlich verpflichtet sind, die höheren israelischen arbeitsrechtlichen Standards einzuhalten.³⁰ Diese Firmen geben somit vielen Palästinenser_innen bessere Einkommensmöglichkeiten als palästinensische Betrieben. Zugleich zählen sie zu den wenigen Räumen, in denen Palästinenser_innen und Israelis zusammen arbeiten und leben, was der Entfremdung entgegenwirkt. Die BDS-Kampagne zielt auf die Zerstörung solcher Räume friedlicher Koexistenz, schädigt palästinensische Arbeiter_innen, die ausdrücklich keinen Boykott dieser Firmen wollen.³¹

29 Gleichzeitig ist für uns als anarchosyndikalistische Organisation auch klar, dass Zionismus in allen Ausformungen von nationalistischen, religiösen, völkischen oder mindestens staatsbejahenden Ideen durchdrungen ist und für uns damit in keinem eine emanzipatorische Ideologie ist und sein kann.

30 Vgl. z. B.: <https://www.timesofisrael.com/at-sodastream-palestinians-hope-their-bubble-wont-burst/>

31 Vgl. z. B.: <https://www.theguardian.com/world/2016/mar/01/sodastream-lays-off-last-palestinian-workers-after-leaving-west-bank>



Warum wir nicht mit Revo zusammenarbeiten

Einer der offensichtlichsten Gründe, eine Zusammenarbeit mit BDS abzulehnen, ist unserer Meinung nach die tragende Mitgliedschaft des „Council of National and Islamic Forces in Palestine“ im palästinensischen Koordinierungskomitee „Palestinian BDS National Committee“ (BNC).³² Die naheliegende (wenn auch mit öffentlich verfügbaren Quellen nicht beweisbare) Vermutung, dass das Council identisch ist mit den fast namensidentischen „Palestinian National and Islamic Forces“, impliziert eine Verbindung mit u. a. Hamas, Fatah und PFLP. Auch wenn die Hamas im BDS somit nicht offensichtlich als Akteur auftritt, ist ihre offene Befürwortung des BDS für uns Grund genug, mehr als skeptisch zu werden.³³ Denn wir sehen sie als eine islamo-faschistische Organisation an, die sich durch Hinrichtung oppositioneller und sexuell oder religiös Abweichender und eine brutale Unterdrückung selbstorganisierter Arbeiter_innen und tiefsitzenden Antisemitismus auszeichnet.³⁴

Wir halten die Taktik, eine gesamte Nationalökonomie boykottieren zu wollen, sowohl von der praktischen Wirkung als auch von der theoretischen Grundlage als anarchosyndikalistische Organisation für höchst fragwürdig, insbesondere da es nicht ausschließlich um ökonomischen Boykott, sondern mit PACBI auch um kulturellen und akademischen Boykott geht. So werden Wissenschaftler_innen und Kulturschaffende aufgefordert, nicht mehr nach Israel zu fahren und andersherum wird aufgefordert, Wissenschaftler_innen und Kulturschaffende aus Israel nicht in anderen Ländern auftreten zu lassen.

Ziel ist es also, den akademischen, kulturellen und damit eben auch den sozialen Austausch zwischen den Menschen in Israel und dem Rest der Welt zu unterbinden. Eine solche Forderung, tatsächlich umgesetzt, kann doch nur zur Entfremdung zwischen der israelischen Bevölkerung und dem Rest der Welt führen, inklusive der Isolierung emanzipatorischer Gruppen und Personen aus Israel. Daneben diskriminiert sie Einzelpersonen aufgrund ihrer Staatsangehörigkeit, etwas das mit keiner emanzipatorischen Theorie zusammen gehen kann.

Oft wurde jenen BDS-Kritiker_innen, die in der Kampagne eine Aufwärmung des national-sozialistischen „Kauft nicht bei Juden!“ sahen, vorgeworfen, sie würden eben nicht zwischen Israel und jüdischen Menschen differenzieren. Mit dieser Forderung nach akademischen und kulturellem Boykott wird aber deutlich, dass es eben das BDS-Movement ist, dem diese Trennung nicht gelingt. So wundert es dann auch nicht, dass mit Bezug auf BDS immer wieder auch Veranstaltungen von und mit als jüdisch identifizierten Menschen gestört werden, die gar keine israelische Staatsbürgerschaft haben.³⁵ Eben, weil es vielen Anhänger_innen von BDS nicht um Menschenrechtsverletzungen in Israel geht, sondern die Kampagne allzu willkommenes Vehikel ist, um Antisemitismus wieder salonfähig zu machen.

Wir haben festgestellt, dass Israel wie jeder andere kapitalistische Staat auch rassistische, nationalistische und sexistische Politik betreibt. Die Aufmerksamkeit, die Revo diesem Konflikt einräumt und die Positionen und Partner_innen, die die Organisation hier wählt, lassen ihre Positionierung gegen Antisemitismus als fraglich dastehen. Nicht zuletzt auch deshalb, weil die Unterstützung der palästinensischen Selbstbestimmungsbestrebungen dem Kriterienkatalog, den sich die Organisation selbst gegeben hat, zuwider läuft.

32 Siehe <https://bdsmovement.net/bnc>

33 Vgl. z. B. <http://www.thetower.org/5182-hamas-salutes-and-supports-anti-israel-boycott-campaign/>

34 Vgl. z. B. <http://www.newsweek.com/prominent-hamas-commander-was-executed-after-accusations-gay-sex-432343> und für eine Übersicht <https://www.hrw.org/tag/hamas>

35 Vgl. z. B. <http://america.aljazeera.com/articles/2015/8/19/spain-reggae-festival-backtracks-re-invites-matisyahu.html>



Warum wir nicht mit Revo zusammenarbeiten

Revolution Dresden bis hierher – viel heiße Luft, viel Streit, wenig Output

Eine Gruppe, ein Bündnis

Revo tauchte in Dresden wahrnehmbar Oktober 2015 auf. Bei einer öffentlich beworbenen Veranstaltung, der wohl schon einige interne Treffen voraus gegangen waren (Revo behauptete, schon im Dezember 2015 am Jugendblock gegen Pegida beteiligt gewesen zu sein), wollte sich einerseits Revo vorstellen und andererseits ein neues, antikapitalistisches Jugendbündnis aus der Taufe heben. An dem Treffen beteiligten sich FAU-Mitglieder als Zuschauer_innen, um ein Gefühl für die von der Gruppe vertretenen Standpunkte zu entwickeln. Dabei wurde die FAU-Mitgliedschaft und der vermutete Dissens transparent gemacht.

Von einem langjährigen Revo-Mitglied wurde bei diesem Treffen mehrfach die Wichtigkeit betont, mehr über den „wissenschaftlichen Marxismus-Leninismus“ zu lernen. Den anwesenden Mitgliedern entstand folgender Eindruck:

- Bei dem Hauptredner handelt es sich um ein gut geschultes Mitglied mit kaderhafter Ausbildung,
- Revo als Organisation ist die Präsenz in Leipzig (als gehyptem politischen Standort, der Berlin und Hamburg in Wichtigkeit überholen könnte) und Dresden (als Stadt, die zu dieser Zeit durch Pegida dauerhafte Aufmerksamkeit sowohl der bürgerlichen als auch der antifaschistischen Presse genoss) wichtig,
- Die Organisation ahnt oder hat schon erfahren, dass sie bei der libertär geprägten linksradikalen Bewegung in Dresden Schwierigkeiten haben wird, Bündnispartner_innen zu finden, um handlungsfähig zu werden.
- Revo setzt daher auf die Bildung eines Bündnisses mit noch nicht organisierten Schüler_innen und Gruppen, die wenig in die restliche linksradikale Bewegung integriert sind, um sich in der Stadt Reputation und Aktionsmöglichkeiten zu verschaffen.
- Revo ist dabei klar auf Mitgliederwerbung aus und macht daraus auch keinen großen Hehl.

Schon auf der Veranstaltung wurde mit verschiedenen Revo-Interessierten diskutiert und Kritik am Trotzkismus formuliert, in der Hoffnung, Menschen vom Beitritt abzuhalten. Die Argumentationsstrategien und das genaue Programm der Organisation waren damals aber kaum einem FAU-Mitglied bekannt, so dass nur sehr allgemein Kritik an staatskommunistischen Theorien geäußert wurde. Ein Fehler, der sich leider monatelang von unserer Seite wiederholen sollte.

Aus dem Treffen heraus entstand ein Bündnis, welche später zur Jugendgruppe werden sollte (im Folgenden Gruppe X) und deren Teil auch Revo war. Dieses Bündnis/ diese Gruppe wird im weiteren Verlauf immer wieder eine Rolle spielen wird.

Die genauen Abläufe der Gruppengründungen und ihres Verhältnis zueinander sind für uns darüber hinaus nicht nachvollziehbar. Die Gruppe X als neu gegründetes Bündnis wurde in der Folge stark von Revo mitgeprägt, für viele war Revo dort so stark wahrnehmbar, dass die Frage im Raum stand, ob es sich hier um ein tatsächliches Bündnis oder aber um eine reine Tarn- und/oder Vorfeldorganisation handelte. Gleichzeitig verpassten wir es, die Gruppe X selbst dazu zu befragen.



Warum wir nicht mit Revo zusammenarbeiten

Gruppe URA unter Beschuss, Streit um „Solidarity without limits“

In der Folge kam es zu Konflikten im antifaschistischen Bündnis „Solidarity without limits“, das sich gerade gegen den rechten Aktionstag „Fortress Europe“ in Dresden organisierte. Die Gruppe URA Dresden lehnte eine Beteiligung von Revo als Organisation im Bündnis mit Veto ab, obwohl – laut Revos Aussage – die Gruppe X als Bündnis vorher willkommen war. Begründet wurde dies, ebenfalls laut Revos Aussage, mit antisemitischen Haltungen bzw. Äußerungen, die Revo bundesweit auf ihrer Website veröffentlicht habe. Im anschließenden Beschluss kam allerdings eine insgesamt klar anarchistische Haltung zum Ausdruck.³⁶

Revo antwortete mit einem Artikel auf der bundesweiten Website, veröffentlichte Interna des Bündnisses und betitelte die URA per rhetorischem Kniff als zionistische Organisation, wobei sie Zionismus als *„eine rassistische Ideologie zur Rechtfertigung der Expansionsinteressen des Staates Israel und der Vertreibung, Kolonialisierung und Entrechtung der palästinensischen Bevölkerung“* definierten.³⁷ Dass hier Zionismus einfach synonym für aktuelle rassistisch-nationalistische Strömungen innerhalb Israels gesetzt wird, wird dem Begriff sachlich jedoch in keiner Weise gerecht.

Intervention während des Bildungsstreiks 2016 und das Schreckgespenst des Zionismus

Am 28. April 2016 wurde Revo das Zeigen ihrer Fahnen auf einer FAU-Demonstration verboten – mit Verweis auf den Anlass der Demonstration für eine antiparlamentarische Arbeiter_innenbewegung und auf antisemitische Tendenzen in der Organisation. Daraufhin verließen die Mitglieder die Demo. Nächste Station war der, von Revo in ihrer Rolle als Bündnismitglied der Gruppe X mitorganisierte, Bildungsstreik am 29. April 2016. Der Bildungsstreik machte drei Dinge offenbar:

a) Trotz der damals bestehenden Organisationsangebote, dem antiautoritären Jugendtreff und einer anarchistischen Jugendgruppe, die sich zu diesem Zeitpunkt fand, hatte es die radikale Linke Dresden seit der Auflösung der anarchistischen Schüler_innenvernetzung „Freie Vereinbarung“ (2012) verpasst, direkte Organisationsangebote an Schulen auf die Beine zu stellen. Revo legte hier den Finger in die Wunde. Das Ganze kann symptomatisch für eine radikale Linke gesehen werden, die sich lieber auf den Freizeitbereich und Stellvertreter_innenkämpfe stürzt, als sich im Alltag und anhand alltäglicher Probleme zu organisieren. Revo versuchte über die Gruppe X diese Lücke zu füllen, die die emanzipatorischen Strömungen Dresden gelassen hatten.

b) Revo erreichte seine Aktionsfähigkeit hier nur über die Bündnispartner_innen. Da Revo keine eigenen Aktionen stemmte (und stemmen konnte), bedeutete die Kritik oder das Vorgehen gegen Revo gleichzeitig einen Konflikt mit den Bündnispartner_innen, in diesem und auch späteren Fällen der Gruppe X. Diese stellte somit ein Schutzschild dar und insofern war die Frage danach, gegen Revo vorzugehen, auch immer eine Abwägungsfrage, ob mensch die sonst beteiligten Aktivist_innen damit vor den Kopf stoßen will. Wir halten es für gut möglich, dass dies kein Zufall, sondern bewusst forcierte Taktik der Organisation ist, da sie klassischen trotzkistischen Taktiken sehr nahe kommt.

³⁶ <http://onesolutionrevolution.de/dresden-kaempft-die-linke-gegen-pegida-oder-gegen-sich-selbst/>

³⁷ ebd.



Warum wir nicht mit Revo zusammenarbeiten

c) Revo stürzte sich hier v. a. auch auf Bewerbungsaufgaben für den Streik und verteilte Bündnismaterialien entweder zusammen mit Revo-Materialien oder erstellte parallel noch komplett eigene Organisationsaufrufe und Plakate und verteilte diese. Dadurch gewannen viele den Eindruck, der Streik sei komplett von Revo organisiert. Andere Partner_innen waren für viele so gar nicht wahrnehmbar. Revo konnte so aus der gemeinsamen Aktion die maximalen Agitationserfolge ziehen und gleichzeitig ihren Anteil am Streik auch intern überhöhen. Ebenfalls ein Muster, das sich wiederholen sollte.

Sowohl die FAU als auch der Antiautoritäre Jugendtreff waren bei der Streikdemonstration zugegen und verteilten intervenierend Flyer. Die Mitglieder des antiautoritären Jugendtreffs kritisierten dabei v. a. als antisemitisch empfundene Textpassagen der Revo-Website. Die FAU sprach sich für Anliegen und Aktionsform des Bildungsstreiks aus, forderte die beteiligten Schüler_innen jedoch auf, sich in Zukunft ohne die Organisation Revo zu organisieren und begründete das mit einer sehr allgemeinen Kritik an bisherigen staatssozialistischen Versuchen und der dahinter stehenden Ideologie, die solch ein Umkippen in Diktatur und politische Verfolgung immer wieder begünstige. Ein guter Teil der FAU-Aktivist_innen blieb in der Folge auf der Demonstration. Revo verbreitete später die Darstellung, die FAU habe den Bildungsstreik nur sabotiert und wäre dann abgezogen. Diese Darstellung entspricht nicht den Tatsachen. Später am Tag wurde Mitgliedern von Revo das Zeigen ihrer Organisationsfahnen auf einer FAU-Demonstration untersagt.

Die zionistische Verschwörung wird gebrandmarkt

Als Folge dieser argumentativen Interventionen kehrten sich mehrere Interessierte von Revo ab. In der Reaktion wurden sowohl der antiautoritäre Jugendtreff als auch die FAU, die sich gar nicht auf das Thema Antisemitismus bezogen hatte, als Zionist_innen gebrandmarkt.³⁸

Getroffene Hunde bellen und wie an anderer Stelle schon dargelegt wurde, ist der Gebrauch des Wortes Zionismus durch die Dresdner Ortsgruppe und Revo allgemein mindestens unsachlich und populistisch, wenn nicht schon durch seine Böswilligkeit selbst latent antisemitisch. Revo stellte Zionismus in diesem Statement als per se rassistische Ideologie dar und bezeichnete damit logischerweise auch die beiden als zionistisch benannten Gruppen als rassistisch. Dieses Statement wurde nie revidiert oder zurückgezogen.

Fordert Revo also, die FAU möge mit ihr Bündnisse eingehen, so fordert sie eine laut eigener Aussage rassistische Organisation zu diesem Schulterschluss auf. Abgesehen von der logischen Schwäche, die sich hier zeigt, zeugt es auch nicht unbedingt von großer Empathiefähigkeit, sich darüber zu wundern, dass wir nicht mit einer Organisation gemeinsame Sache machen wollen, die uns mal eben öffentlich als Rassist_innen betitelt hat.

Im Statement wird weiterhin von „bewusst-technischen Angriffen“ gesprochen, was sich dahinter verbirgt, blieb der Text schuldig. Weiterhin betitelte sich Revo im Text als einzige „antizionistische“ Organisation in Dresden und folgerte daraus, alle anderen linksradikalen Strukturen müssten reformistisch sein. Die glänzende Argumentation dahinter: *„Der Reformismus versucht, die paar Zugeständnisse, die an einen Bruchteil der Arbeiter_Innen gemacht wurden, einzutauschen gegen die Verteidigung des objektiven Interesses der internationalen Arbeiter_Innenklasse. Im Austausch für*

38 http://onesolutionrevolution.de/dresden-neue-technische-angriffe-von-pro-zionist_innen/



Warum wir nicht mit Revo zusammenarbeiten

*dieses Zugeständnis verteidigt er die herrschenden Eigentumsverhältnisse. Aus diesem Zugeständnis verteidigt er auch die kapitalistischen Nationalstaaten und legitimiert sie vor seiner sozialen Basis. Ein Pfeiler des deutschen Staates ist die Unterstützung des Zionismus als Ordnungsmacht im Nahen Osten, zur Verteidigung der imperialistischen Weltordnung.*³⁹

Mal ganz davon abgesehen, dass es vielleicht ein paar Sätze mehr bräuchte, um Leser_innen die Gedankenkette zu erläutern, die zum Satz „Ein Pfeiler des deutschen Staates ist die Unterstützung des Zionismus...“ führt, ist es eine wissentliche Falschdarstellung, eine anarchosyndikalistische Organisation ohne jeden Anlass mit einer weitgehend prokapitalistischen, nationalstaatlichen Ideologie in Verbindung zu bringen. Gerade auch im Hinblick auf die Geschichte und Positionierung jüdischer Arbeiter_innen in der anarchosyndikalistischen Bewegung ist das blanke Propaganda. Schließlich sei anzumerken, dass mensch mit derselben Logik schlussfolgern könnte: Revo setzt die rassistische Politik des Staates Israel mit der Apartheid in Südafrika gleich und begibt sich (über die Kampagne BDS) mit der im Gaza-Streifen herrschenden Partei Hamas in Bündnisse. Revo muss also eine radikal islamistische, religiös-faschistische, homophobe und frauenfeindliche Organisation sein.

Niemand redet mit Revo?!

Von Seiten Revos wird immer wieder angemerkt, es habe niemand versucht, mal mit ihnen zu diskutieren. Stimmt das? Jein. Tatsächlich hat sich anscheinend noch niemand die Mühe gemacht, ihr Programm in der Form, wie wir es getan haben, auszuwerten und daran aufzuzeigen, warum Revo weder in Dresden noch anderswo ein Bündnispartner sein kann.

Faktisch gab es aber mehrere Möglichkeiten zum argumentativen Austausch. So fand nach übereinstimmenden Aussagen mehrerer Aktivist_innen ein mehrstündiges Gespräch mit Revo statt, als es um die Versagung von Räumlichkeiten für die Gruppe in der Dresdner Neustadt ging. Auch die „...ums Ganze!“-Föderation critique'n'act aus Dresden hatte sich mit einem umfassenden, gemeinsamen Treffen mit Revo auseinandergesetzt. Auch mit den Texten, die während des Bildungsstreiks verteilt wurden, bestanden von Seiten des Antiautoritären Jugendtreffs und von Seiten der FAU konkrete Argumentationen, auf die mensch hätte antworten können. Stattdessen folgte das oben zitierte Statement, in dem beide Gruppen als kleinbürgerlich, reformistisch und rassistisch diffamiert wurden, ohne auch nur auf ein einziges Argument aus beiden Texten einzugehen. Ob es weitere Gespräche mit anderen Gruppen gab, ist uns nicht sicher bekannt. Der Umstand, dass diese drei Versuche, sich argumentativ mit Revo auseinanderzusetzen, verschwiegen wurden, bestätigt uns aber in der Annahme, dass es hier nicht wirklich um argumentativen Austausch geht, sondern eher darum, sich vor Dritten als Opfer zu stilisieren und diese damit auf die eigene Seite zu ziehen.

Bildungsstreik 2018 – Das Anti-Imperium schlägt zurück

2017 war es eigentlich, abgesehen von einigen kleineren Vortragsveranstaltungen und der Präsenz von Revo auf einigen Demonstrationen, recht ruhig um die Organisation. Erwähnenswert ist vielleicht, dass zum 8. März 2018 mal wieder eine Veranstaltung mit dem „Hammer und Sichel“-Symbol beworben wurde.

39 ebd.



Warum wir nicht mit Revo zusammenarbeiten

Im November 2017 begann die Bildungssektion der FAU Dresden einen monatlichen Branchentreff für Lernende und Lehrende in der Kosmotique zu organisieren. Relativ schnell kamen hier Schüler_innen dazu, die sich die Organisation eines Bildungsstreiks wünschten. Die Anwesenden unterstützten diesen Aktionswunsch und gingen an die Arbeit. Der Branchentreff wandelte sich langsam in ein Bündnistreffen. Die betreuenden Personen der FAU verpassten es, im Bündnis und in der FAU auszuloten, wer als Bündnispartner_in in Frage käme und wer nicht. Ebenso verpasste es das Bündnis, über Entscheidungsfindungsmodalitäten im Falle von Uneinigkeit zu diskutieren. Diese Fehlritte, die bei vielen auch der Unerfahrenheit mit Bündnissen geschuldet waren, sollten sich als folgenschwer erweisen.

Dem Bündnis trat auch die Jugendgruppe X bei (deren Selbstverständnis wir nebenbei so interpretieren würden, dass es sich mit dem Programm von Revo nicht vereinen lässt). Die Gruppe X hatte in der Vergangenheit immer wieder ihre volle Unabhängigkeit von Revo betont, wies aber (und das transparent) immer noch ein Doppelmittglied mit Revo auf. Ebenjenes Doppelmittglied war auch auf einem der früheren Treffen und stellte sich vor als „von Gruppe X und von Revo“. Dies verstanden die anwesenden FAU-Mitglieder wie auch Einzelpersonen und Vertreter_innen anderer Gruppen, mit denen wir geredet haben, als reine Schaffung von Transparenz und in keinem Fall als Angabe einer Delegation für die Gruppe Revo. Als FAU entschieden wir uns dafür, diesen Umstand trotz unserer klar ablehnenden Haltung zu Revo zu akzeptieren. Hintergrund war, dass wir schon länger ein umfassendes inhaltliches Statement zur Organisation Revo planten, dies mangels Kapazitäten aber immer noch nicht fertig bekommen hatten und wir nicht – wie in der Vergangenheit – unsere Beziehung zur Gruppe X in Gesamtheit mit weiteren halbgenauen Statements weiter belasten wollten. Auch dies war in der Nachbetrachtung ein Fehler.

Bei weiteren Diskussionen darum, wer nun eigentlich offiziell Bündnispartner sei, tauchte Revo nie wieder auf, bei der Frage, welche Logos auf die Flyer sollen, brachte sich Revo nicht ins Spiel, so dass eine Diskussion über eine Teilnahme am Bündnis seitens Revo mit einem angemessenen Vorlauf vor dem Streik vermieden oder auch verhindert wurde. Kurz vor dem Bildungsstreik mobilisierte Revo mit einer eigenen Veranstaltung für eben diesen. Entgegen der im Bündnis gelebten Praxis, über jede Mobeaktion gegenseitig zu informieren, thematisierte Revo diese Veranstaltung nicht. Beides sehen wir als Indiz dafür, dass sich Revo zu diesem Zeitpunkt entweder selbst nicht als Teil des Bündnisses begriff oder der Organisation zumindest klar war, dass sie im Bündnis bei weiten Teilen der Aktiven nicht willkommen ist. Gerüchteweise hielt das Revo nicht davon ab, wie bei anderen Aktionen Revo-Flyer in Flyer des Streikbündnisses zu packen und so zu suggerieren, die Organisation wäre Teil des Bündnisses.

Zweieinhalb Wochen vor dem Bildungsstreik wurde ein fundamentaler Fehler der FAU-Delegierten im Bildungsbündnis offenbar. In den vergangenen Monaten hatte es heftige Diskussionen innerhalb des Syndikats um die Frage gegeben, wie mit staatssozialistischen und latent antisemitischen Organisationen und deren Fahnen auf Demonstrationen umzugehen sei, auf denen sich auch die FAU bewegt. Daraus leitete sich ein klares Mandat ab, Bündnisse nur dann einzugehen, wenn gewisse Organisationen weder beteiligt seien noch ihnen auf Demonstrationen etc. eine Plattform gegeben werden würde. Dieses Mandat umfasste u. a. die Organisation Revo und dieses Mandat war von den Delegierten bis dahin im Bündnis nicht sichergestellt worden. Darauf aufmerksam gemacht, befanden sich unsere Delegierten in einer Zwickmühle: Einerseits waren sie dem Mandat der FAU, andererseits durch schon übernommene Aufgaben dem Bildungsbündnis verpflichtet.



Warum wir nicht mit Revo zusammenarbeiten

Auf dem Streik-Organisationstreffen anderthalb Wochen vor dem Streik wurde daher der Antrag gestellt, keine Fahnen von Revo auf der Demonstration zuzulassen. Einher damit ging ein klares Eingeständnis, dass es sich beim Zeitpunkt dieses Antrags um unsaubere Arbeitsweise und ein klares Versäumnis der FAU handelte. Das Revo-Doppelmitglied war kurz vor dem Treffen über den bevorstehenden Antrag informiert worden, um sich darauf vorbereiten zu können.

Der Antrag endete in dem Beschluss per Abstimmung (mit Enthaltung der FAU-Delegierten), der alle Organisationsfahnen für die Demonstration verbot. Dieser Beschluss übergang ein Veto des Revo-Mitglieds gegen den Antrag bzw. dessen Forderung nur über Revo-Fahnen per Mehrheitsentscheid abzustimmen, aber nicht alle Fahnen zu verbieten. Hier wurde klar, dass die Entscheidungsfindung im Bündnis völlig ungeklärt war.

Nach einer Woche kontroverser Diskussion bat die FAU auf dem nächsten Treffen, diesen Beschluss aus einer Reihe von Gründen zurückzuziehen: U. a. sei es widersinnig, aus beabsichtigter Fairness gegenüber dem Revo-Mitglied den eigentlichen Wunsch des Revo-Mitglieds zu übergehen. Daneben folgte die FAU-Delegierten zu Teilen der Argumentation des Revo-Mitglieds, ein Fahnen-Verbot sei schädlich für den politischen Gehalt des Streiks. Das Revo-Mitglied hatte argumentiert, dass große Aktionen wie Streiks überhaupt erst dadurch möglich werden, dass Leute beginnen sich großflächig zu organisieren. Dies sollte, u. a. durch Fahnen auch sichtbar gemacht werden. Der Beschluss wurde daraufhin zurück gezogen.

Bei diesem Treffen war Revo auch erstmalig über Doppelmitgliedschaften mit der Gruppe X hinaus vertreten. Revo stellte dann zum Abschluss des Treffens, zwei Tage vor dem Streik, den Antrag, einen Redebeitrag auf der Demonstration zu halten. Dass dieser Antrag nicht konsens- oder mehrheitsfähig war, musste aus den vorhergehenden Turbulenzen völlig klar sein. Der ganze Antrag wurde von den FAU-Delegierten daher als klare Rache-Aktion und als Trollmanöver verstanden. Diese Praxis steht im klaren Widerspruch von der durch Revo oft beschworenen Effektivierung der Kräfte, die bei ihrer Einheitsfront ja im Vordergrund stünde. Was schon im Vorfeld klar war, wurde hier offensichtlich, nämlich wie die aufgezwungene Auseinandersetzung mit der Organisation Revo wesentlich mehr Kräfte von Aktivist_innen band, als Revo hätte freisetzen können.

Natürlich machte es in Dresden die Runde, dass Revo sich in das Bildungsbündnis eingeschlichen habe. Daraufhin haben sich einige Genoss_innen aus unterschiedlichsten Kreisen dazu entschlossen, nicht am Bildungsstreik teilzunehmen, obwohl sie das vorher vorhatten. Wir verstehen diese Entscheidung und auch von den FAU-Mitgliedern, die am Streik beteiligt waren, wären manche lieber nach Hause gegangen als Revo durch wochenlange, anstrengende Arbeit mit einer Aktion auf die Straße zu helfen. Um so mehr bitten wir die beim Bildungsstreik Abwesenden nun auch, die inhaltliche Diskussion im Nachgang zu führen, damit die emanzipatorische Linke und die anarchistische Bewegung in Dresden einen klaren Standpunkt gewinnt und es in Zukunft nicht mehr zu solchen Szenen kommt.

Der Streik war erschreckend schlecht besucht und bedingt dadurch wirkte die anschließende Demo wie eine Mini-Bündisdemo aus FAU und Revo. Während der Demonstration versuchte ein verummter Mensch auf einem Fahrrad eine Revo-Flagge zu entwenden, was misslang. Die Moderation (gestellt von Gruppe X und FAU), über den Vorfall informiert, stimmte sich ab und äußerte sich nicht zu dem Vorfall, nachdem klar geworden war, dass niemand verletzt wurde. Dies wurde im Nachgang von Revo scharf kritisiert, wobei sich nur die FAU für diese Moderationsentscheidung rechtfertigen sollte. Die Moderation hatte sich im Vorfeld abgestimmt, auf Streitigkeiten zwischen den



Warum wir nicht mit Revo zusammenarbeiten

verschiedenen Lagern innerhalb der Demonstration, wenn irgend möglich, nicht einzugehen. Allein diese Absprache wurde wiederum nur der FAU derart ausgelegt, dass sie bereits etwas im Schilde geführt habe. Gleichzeitig führte Revo auf der Demonstration ein Megafon mit, um „im Fall der Fälle“ aktionsfähig zu sein. Das Misstrauen war also offensichtlich allerorten. Aus diesem Grund hielt es der FAU-Part der Moderation auch für wahrscheinlicher, dass es sich bei der Fahrrad-Attacke um eine Aktion aus dem linken Lager gehandelt habe, als dass ein rechter Angreifer so koordiniert (vermummt), aber allein auf die kleine Demo losgeht und sich als Ziel ausgerechnet die Fahne von Revo aussucht (und nicht etwa Leute direkt angreift, am Seitentransparent zerrt etc.). Diese spontane Einschätzung fand ihre Bekräftigung durch das Verhalten der Genossin der Gruppe X, die ja ebenfalls keinen Anlass zur Durchsage sah.

Es ist eigentlich unnötig zu erwähnen, aber hier trotzdem noch einmal explizit: Als FAU hatten wir nichts mit dieser Attacke zu tun. Wir hatten die Beschlüsse des Bündnisses ja mitgefasst und mussten dementsprechend das Ergebnis akzeptieren oder uns aus dem Bündnis zurückziehen. Die Tatsache, dass wir mit Revo auf einer Demonstration waren, fußte auf unseren eigenen Fehlern, die wir mit der gemeinsamen Straßenpräsenz auszubaden hatten. Wir fanden das nicht schön, wir werden das nicht wieder machen, trotzdem sind geheime Operationen dieser Art nicht unser Stil als Gewerkschaft – Punkt.

Tatsächlich verschwörerisch wurde es aber einige Stunden vorher von Seiten Revos. Auf der Startkundgebung der Demonstration wurden die Teilnehmenden per Handzettel zu einer Auswertungsveranstaltung des Streiks eingeladen. Komischerweise war diese einen Tag VOR der offiziellen Auswertung des Streikbündnisses, quasi am selben Ort, komischerweise tauchte das organisierende Streikbündnis auf Revos Zetteln aber nicht mit einer Silbe auf. Komischerweise erhielt auch keine_r oder zumindest fast niemand (das können wir nicht mehr bis ins Letzte beweisen) aus dem Organisationsbündnis solch eine Einladung von Revo. Sowas nennt mensch KAPEREN – aber es wird noch dreister.

Per Moderation ins Bündnis

Nicht mal eine Woche später war das offizielle Auswertungstreffen des Bildungsstreiks. Die Moderation lag bei einem Mitglied der Gruppe X, das nie auf einem der Streik-Orgatreffen gewesen war und rhetorisch immer wieder Stellung für Revo einnahm. Dieses rief die beteiligten Gruppen und Einzelpersonen zu Statements auf und nannte dabei Revo ganz selbstverständlich als Bündnisgruppe nannte. So schnell kann's gehen.

Revo hatte nicht das Bedürfnis den Fehler der Moderation richtig zu stellen oder dem Bildungsbündnis, als dessen Teil sich Revo in der Folge ganz selbstverständlich verkaufte, mitzuteilen, wie die Revo-Werbe-Streikauswertung am Vortag gewesen war. Dafür nutzte Revo seinen Redebeitrag, um eine Reihe von tendenziösen Behauptungen, Falschdarstellungen und Anschuldigungen gegen die FAU loszulassen. Wie schon bei den beiden letzten Treffen vor dem Streik sahen sich die Anwesenden FAU-Mitglieder in die Defensive versetzt, denn es war klar, dass ein Teil der anwesenden Gruppen und Einzelpersonen von dem Organisationskonflikt maßlos genervt war. Da die FAU die Organisation war, die ein Fernhalten von Revo einforderte, stellte Revo die FAU dabei als Aggressor dar. Die FAU-Delegierten mussten sich also entscheiden, welche Behauptungen Revos sie entkräften wollen und welche sie schlucken, um die am Konflikt nicht interessierten Menschen nicht vollends zu verlieren.

Hier eine Auswahl von Revos rhetorischen Kniffen:



Warum wir nicht mit Revo zusammenarbeiten

a) Revo behauptete, mit die Hauptarbeit im Bündnis geleistet zu haben und bezog sich dabei v. a. auf die Bewerbung vor den Schulen. Dies blendet aus, dass u. a. auch die Gruppe X und die FAU für den Bildungsstreik unter Schüler_innen warben (von denen auch einige da waren) und dass Schüler_innen als Zielgruppe gleichberechtigt bspw. neben Lehrer_innen, Bildungsreferent_innen, Unipersonal, Studierenden angesprochen wurden, wobei Revo in diesen Segmenten unseres Wissens nach keinerlei Werbung übernahm. Sowohl von Revo als auch von der Moderation wurde es aber so hingestellt, als wäre irgendwann vereinbart worden, schwerpunktmäßig Schüler_innen anzusprechen. Daneben zeigt ein einfacher Blick in die Organisationsliste vor dem Streik, dass sich u. a. die beteiligten FAU-Mitglieder in allen Infrastruktur-Parts voll einbrachten (und eben nicht nur in der Mobi). Insgesamt ist die Behauptung angesichts der Anstrengungen aller beteiligten Gruppen usw. einfach dreist.

b) Revo lobte herablassend die Beteiligung der FAU, um gleich darauf anzumerken, dass angesichts der größeren Mitgliedszahlen die Beteiligung und das Mobilisierungspotenzial hätte höher sein können. Danach wurde mit dem Mobilisierungserfolg von Revo Berlin hausiert und dabei wissentlich eine über das zehnfache zu niedrig liegende Mitgliederzahl der FAU Berlin fallen gelassen. Dabei wissen mindestens die auf den Bündnistreffen anwesenden Mitglieder von Revo, dass jedes FAU-Syndikat verschiedenste Arbeitskämpfe, AGs, Branchensektionen etc. gleichzeitig aufzubauen versucht und nicht wie Revo seine gesamte Mitgliederbasis immer auf 1-2 Kampagnen gleichzeitig mobilisiert.

c) Revo kritisierte die Forderungen, ihren Umfang, die Art und Weise ihrer Entstehung und dass sie erst so spät diskutiert wurden. Die Organisation musste erst darauf hingewiesen werden, dass das Revo-/Gruppe X-Doppelmitglied bereits Monate vor dem Streik bei einer ersten Sammlung der Forderungen mit dabei war. Ab diesem Zeitpunkt war der Forderungskatalog für alle Beteiligten einseh- und bearbeitbar. Doch trotz mehrfacher Aufrufe an die Beteiligten und diverser Deadlines passierte fast nichts mit den Forderungen, so dass es zu der sehr kurzfristigen Überarbeitung erst kurz vor dem Streik kam. Diese Kritik – durchaus berechtigt – hätte sich dann aber an alle beteiligten Gruppen richten müssen.

Versuch einer Zusammenfassung der Dresdner Aktivitäten

- Revo kann in Dresden seit über zwei Jahren keine dauerhaften Mitstreiter_innen über ihre bisherige Größe hinaus gewinnen.

- Die Organisation fordert aber Akzeptanz für ihre politische Linie mit einer Aufdringlichkeit und Vehemenz ein, dass sie anderen Gruppen immer wieder aufnötigt, sich mit ihnen zu beschäftigen und so wohl schon hunderte Stunden politische Arbeit gekostet hat, die für andere Aufgaben besser hätten genutzt werden können.

- Dabei stilisiert sich die Organisation fortwährend als unverstandenes Opfer, obwohl sie in ihrer kurzen Geschichte in Dresden öffentlich mit übelsten Anschuldigungen, Diffamierungen, Falschbehauptungen und der Veröffentlichung von Interna gegen andere Gruppen vorgegangen ist, mit Winkelzügen versuchte, Zwist zu streuen oder sich organisatorische Vorteile zu verschaffen. Sie behauptet dabei fortwährend, mit ihr würde sich argumentativ nicht auseinandergesetzt, dabei geht sie auch nicht auf bestehende Statements und Diskussionen ein.



Warum wir nicht mit Revo zusammenarbeiten

- Revo nutzte dabei immer wieder die Gruppe X, um in Bündnisse zu gelangen, in denen sie politisch nicht willkommen waren und sind. Den Umstand, dass sich Gruppen um ein gutes Verhältnis zu Gruppe X bemühen, nutzt Revo immer wieder schonungslos aus, v. a. zu Lasten von Gruppe X.
- Revo ist fortwährend bestrebt, Aktionen von Bündnispartner_innen oder völlig externe Veranstaltungen durch eigene Mobi wie eigene Aktionen aussehen zu lassen oder potenziellen Interessierten zumindest zu suggerieren, Revo sei bei den entsprechenden Veranstalter_innen akzeptiert.
- All diese Punkte führen dazu, dass mensch bei Revo immer organisationspolitisches Kalkül, Diffamierung und Indiskretion erwarten muss, und sie machen Angst vor der Vorstellung, dass diese Organisation irgendwann wirklich ein Player in der radikalen Linken Dresden sein könnte.

Messen wir mit zweierlei Maß?

Mitglieder und Unterstützer_innen von Revo könnten nun den berechtigten Einwand geltend machen, dass wir punktuell mit Organisationen zusammenarbeiten, deren zu Grunde liegende Ideologie wesentlich entfernter von emanzipatorischem Anspruch ist, als wir dies bei Revo befinden. An diesen Organisationen arbeiten wir uns einerseits nicht mit solch einem riesen Text ab, andererseits ist unsere praktische Verweigerung zur Zusammenarbeit nicht immer so groß. Das stimmt, hier die Gründe dafür:

- a) Unsere Ablehnung gegenüber Parteien wie bspw. der Linkspartei oder prokapitalistischen Gewerkschaften wie den Mitgliedsgewerkschaften des DGB ist natürlich weit größer (wozu wir uns aber auch regelmäßig äußern). Trotzdem sind diese Organisationen über den Kreis einer schon radikal-linken/anarchistischen Bewegung hinaus wichtige Sammelbecken für kritische Bevölkerungsteile. Viele Menschen hängen diesen Organisationen eher aus pragmatischen Abwägungen als aus ideologischer Überzeugung an. Eine Mitgliedschaft bei Revo aus pragmatischen Abwägungen heraus kann dagegen in den meisten Fällen in Zweifel gezogen werden. Wir gehen also bei Revo von ideologischen Überzeugungstäter_innen aus.
- b) Revo hat, wie wir darzustellen versucht haben, dass Zeug dazu, antidemokratische und antisemitische Elemente innerhalb einer radikalen Linken in Dresden zu normalisieren. Auch sonst beeinträchtigen die Standpunkte und das Verhalten der Organisation ganz akut die Arbeitsfähigkeit emanzipatorischer Organisationen in Dresden und bringt frisch politisch engagierte Schüler_innen gegen diese auf, statt ihnen den Zugang zu erleichtern.
- c) Revo ist eine kleine Organisation, die auf die beschriebene Weise aber viele Kapazitäten bindet. Revo und ihre potentiellen Bündnispartner_innen wachsen zu lassen würde bedeuten mit anzusehen, wie dieses Problem immer bedrohlicher wird. Daher scheint es angebracht, jetzt einmal viel Arbeit zu investieren und zu hoffen, dass wir die Unklarheiten für die Ablehnung dieser Organisation damit langfristig ausräumen konnten.

Vorraussetzungen für weiteren Austausch und Bündnisse unsererseits mit der Revo-Ortsgruppe

- Tilgung der diffamierenden Artikel „Dresden: Kämpft die Linke gegen Pegida oder sich selbst“ und „Dresden: Neue technische Angriffe von Pro-Zionisten“ aus dem Netz



Warum wir nicht mit Revo zusammenarbeiten

- klares und glaubhaftes Bekenntnis gegen Organisationen und Bündnisse, die sich gegen den geistigen und kulturellen Austausch zwischen der israelischen Bevölkerung und der Weltgemeinschaft aussprechen
- klares und glaubhaftes Bekenntnis gegen und keine Zusammenarbeit mit Organisation und Bündnissen, denen die Hamas oder ähnlich reaktionäre Organisationen angehören
- klares und glaubhaftes Bekenntnis gegen und keine Zusammenarbeit mit Organisation und Bündnissen mit leninistischer, stalinistischer und maoistischer Gesinnung in ihren diversen Spielarten
- Stopp oder argumentative Untermauerung der Kritik am Anarchismus, kein antianarchistischer Populismus!
- Deföderung von der Bundesorganisation oder Durchsetzung der genannten Punkte in dieser

FAU Dresden, August 2018